

UNI



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Verdingbub Willy Scherz: «Ich stehe immer wieder auf.»** Seite 5

## Brexit statt Lohnschutz

Mit Lohnschutz gäbe es jetzt kein Brexit-Chaos. Die Lehren. Seite 7



## Klima-Demos: Richtige Arbeit

Anna Gisler (16) ist Klimaaktivistin. Das gibt viel zu tun. Seite 16

## Migros-Amigos: Falsche Freunde

Der prekäre Sackgeld-Kapitalismus der Grossverteilerin. Seite 4

## Frauenstreik

Geschichtsprofessorin  
Caroline Arni  
von der Uni Basel  
hat's erforscht:

# Auf Dauer hilft nur Frauen Power!

Das grosse Interview

Seiten 8-9

# Krise entlarvt die SVP

Von Demokratie in der Partei hält Blocher etwa so viel wie vom Ausländerwahlrecht. Die Analyse. Seite 3



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## BREXIT IST EXIT

Raus, aber wie: hart? weich? Oder doch nur halb? Grossbritannien versinkt im Brexit-Chaos. Denn das Vereinigte Königreich und die EU sind eng verzahnt. Wirtschaftlich und politisch. Selbst die britische Regierung weiss es: Der Ausstieg aus der EU schadet der Wirtschaft. Brexit ist Exit: Bereits planen die Banken die Verschiebung von Arbeitsplätzen und Kundengeldern nach Kontinentaleuropa. Kommt dazu, dass England «den schlimmsten Lohnabbau seit 200 Jahren»

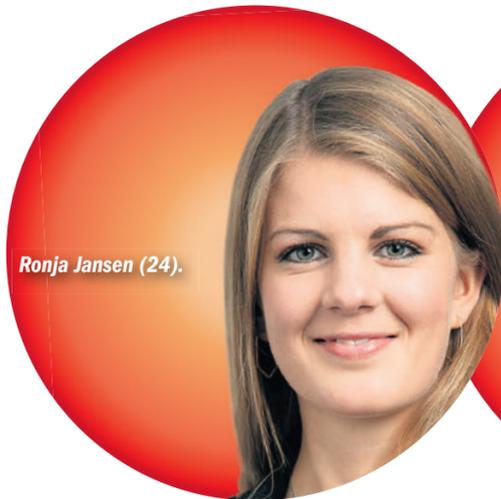
## Grossbritannien fehlt der Lohnschutz der Schweiz.

Dies, während die Banker und Fondsmanager in Londons Finanzcity mit immer wahnwitzigeren Salären davongaloppieren (Seite 7).

**OHNE LOHNSCHUTZ.** Britannien stürzte sich einst kopfüber in die Personenfreizügigkeit. Ohne Schutz gegen Sozialdumping. Auch die Gewerkschaften wollten nichts von flankierenden Massnahmen wissen. Blinder Marktglaube hatte in den 1990er Jahren nicht nur Tony Blairs Sozialdemokratie in die neoliberale Irre geführt, sondern auch den britischen Gewerkschaftsbund. Ein Kapitalfehler, wie dieser inzwischen eingesteht. Denn der fehlende Lohnschutz war der Anfang vom Brexit. «Viele stimmten Ja zum Brexit, weil sie über das Lohndumping besorgt waren», sagt Europa-Lohnschutzexpertin Esther Lynch. Die Regierung habe es versäumt, Gesetze gegen Tieflohne zu erlassen. Und die Firmen nützen das aus. Zu Tausenden stellten sie Polinnen und Polen zu Tiefstlöhnen ein. Das war die Gelegenheit für die fremdenfeindliche Rechte im Land: Sie hetzte gegen die EU, predigte die Abschottung. Genau wie die SVP. Mit ihrer Kündigungsinitiative fordert sie jetzt den Schweizer Brexit.

**MIT LOHNSCHUTZ.** Die Schweiz ist nicht Grossbritannien. Denn wir haben die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. SP und Gewerkschaften hatten sie erfolgreich durchgesetzt. Doch nun droht dem Schweizer Lohnschutz Gefahr – ausgerechnet aus dem Bundesrat. In einem wilden Alleintritt hat der freisinnige Ignazio Cassis die flankierenden Massnahmen zum Abschluss freigegeben. In den Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der EU. Auf Druck von inländischen und europäischen Unternehmern. Allen voran der Lohnschutz-Feindin und Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher. Da mussten die Gewerkschaften die Notbremse ziehen. Der Lohnschutz sei nicht verhandelbar, sagen sie. Zu Recht! Denn wir wollen keine britischen Verhältnisse. Kein Chaos. Keinen Schweizer Brexit.

# Juso-Präsidentin Tamara Funicello tritt zurück: Wer kommt nach? Jansen, Jenni oder Kuhn?



Ronja Jansen (24).



Mia Jenni (24).



Nadia Kuhn (21).

## Juso-Präsidentin Tamara Funicello räumt nach drei Jahren ihren Sessel. Wer wird ihre Nachfolge? work hat sich angehört.

PATRICIA D'INCAU

Drei Jahre sind genug, findet Juso-Präsidentin Tamara Funicello. An der Delegiertenversammlung in Aarau hat sie am 6. April ihren Rücktritt erklärt. Es sei Zeit, um «Platz zu machen, für Neue», sagte die 29-jährige. Seit 2016 stand Funicello an der Juso-Spitze.



Tamara Funicello tritt zurück.

Für ihren Einsatz gegen Sexismus und Mobbing wurde sie zur wohl meistgehassten Frau der Schweiz. Wirtschaftspolitisch setzte sie den Kampf gegen die Abzocker fort: Die Unterschriften für ihre 99-Prozent-Initiative haben die Juso Anfang April eingereicht. Sie verlangt eine stärkere Besteuerung der Kapitaleinkommen (siehe Sideline). Jetzt zieht Funicello weiter, Richtung Bundeshaus: Sie wird für den

Nationalrat kandidieren. Ihr Abgang als Juso-Chefin ist daher keine Überraschung. Auch weil in der Jungpartei gilt: Niemand bleibt länger an der Parteispitze als zwei, drei Jahre.

## ÜBERRASCHUNG MÖGLICH

Noch gibt es keine offiziellen Kandidaturen für die Nachfolge, doch schon jetzt zeichnet sich ab: die neue Juso-Führung wird wohl weiblich, feministisch und klimabewegt. Schon nur deshalb, weil am 14. Juni 2019 Frauenstreik ist. Viele Juso gehen ausserdem fürs Klima auf die Strasse. Umgekehrt haben die Frauen- und die Klimabewegung den Juso neue Mitglieder beschert.

Reelle Chancen, in Tamara Funicellos Fussstapfen zu treten, haben:

- die Baselbieterin Ronja Jansen (24). Sie hat mit den Forderungen nach dem Klimanotstand und Gratis-ÖV auf sich aufmerksam gemacht. Gegenüber der «Basellandschaftlichen Zeitung» sagte Jansen kürzlich, das Juso-Präsidium würde sie «reizen». Eine Insiderin sagt gegenüber work: «Sie wird garantiert kandidieren.»
- die Germanistikstudentin Mia Jenni (24). Sie hat im Kanton Aargau

letztes Jahr die «Millionärssteuer»-Initiative angeführt, mit der die Linken grosse Vermögen stärker besteuern wollten. Ausserdem hat Jenni für den Erhalt des Aargauer Gleichstellungsbüros gekämpft und sich für eine linkere SP eingesetzt.

● die Klimaaktivistin Nadia Kuhn (21). Sie engagiert sich in Zürich für den Frauenstreik und ist eine Klimajugendliche der ersten Stunde. Weil «die Freiheit der Wirtschaft viel höher eingestuft wird als der Zustand unseres Planeten», wie sie

## Die neue Führung der Juso wird wohl weiblich, feministisch und klimabewegt.

im Februar im work-Interview sagte ([rebrand.ly/die-erde-brennt](http://rebrand.ly/die-erde-brennt)).

Und was ist mit den Männern? Offen Ambitionen gezeigt hat bisher noch keiner. Vielleicht haben sie auch einfach gelernt, nicht immer grad vorzupreschen. Vor allem nicht im Frauenjahr 2019.

Bis zur Wahl im kommenden August sind es allerdings noch fünf Monate. Und: Die Juso sind immer für eine Überraschung gut.

## 99%-INITIATIVE SUPERREICHE: ZUR KASSE!

Höhere Steuern für das reichste Prozent der Schweiz und eine Entlastung für kleinere Einkommen: das will die 99-Prozent-Initiative der Juso. Am 2. April wurde sie eingereicht. Mit 134 000 Unterschriften und einer klaren Botschaft an die Superreichen: «Zieht euch warm an, ihr Abzocker!»

**UMVERTEILUNG.** Das Ziel der Initiative ist einfach: Kapitaleinkommen soll stärker besteuert werden als heute, und zwar anderthalbmal so stark wie Einkommen aus Arbeit. Von einer Steuererhöhung betroffen wäre demnach nur das reichste Prozent in der Schweiz. Alle anderen – also 99 Prozent der Bevölkerung – würden von diesen Mehreinnahmen profitieren. Entweder durch tiefere Steuern oder durch andere Gutschriften wie Prämienverbilligungen für die Krankenkasse oder günstigere Kita-Plätze. (pdi)

FOTOS: PDI (2), TWITTER (1), F. SCHEIDEGGER (1)

FOTO: YVES THOMI



Sandra Künzi lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 vor: Ahoi!

## Für mehr Weicheier

Im Tram sagte ein Mann einem andern Mann, er habe würlkli gnueng von diesem Genderzeug und diesem MeToo-Seich, und dann noch Frauenstreik, das sei doch alles nur ein Luxus-Getue von ein paar verwöhnten Emanzen. Man habe heutzutage ganz andere Probleme als das. Und von wegen Benachteiligung, hah! Im Regierungsrat vom Kanton Thurgau seien drei von fünf Mitgliedern weiblich. Im Kanton Bern drei von sieben, im Kanton Zürich vier von sieben und im Kanton Waadt neuerdings sogar fünf von sieben, also Hallooo? «Aber i de Kantonsregierige vo Luzern, Graubünden, Tessin und Appenzell Ausserrhoden sitzen im Fall nur Männer», parierte der andere. Der Schimpfi sah ihn entgeistert an: «Bisch du iz öppe au no für de ganz Wiiberwahn, Max?»

**SCHLEGLETE.** Max verdrehte die Augen. «Chum obenabe, Schorsch: Mee als d'Helfti vo de Bevölkerig sind Fraue. Und jetzt eifach logisch danke!» Das schien Schorsch nicht zu gefallen. Ich weiss nicht, ob es ihn mehr aufregte, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung Frauen sind oder dass Max gesagt hat,

er müsse einfach logisch denken. Das hörte sich natürlich schon so an, als habe Schorsch bisher noch nie logisch gedacht. Schorsch stand auf und sagte, Max sei ein verdammtes Weichei, kein Wunder, dass ihm d'Chrige davon sei, er wäre an ihrer Stelle auch ab. Da stand Max ebenfalls auf, obwohl es sehr eng war so am Fyrabig, und als das Tram abbremste, müpfte Max den Schorsch, und der liess sich kein bisschen bitten, sondern schlug dem Max voll eins auf die Nase. Die beiden schlegleten drauflos und liessen sich nicht trennen.

## Ich finds prima, wenn Männer andern Männern die Gleichberechtigung erklären!

**RAUSSCHMISS.** Ich war natürlü auf der Seite von Max, erstens, weil er recht hat, und zweitens, weil es prima ist, wenn Männer andern Männern die Gleichberechtigung erklären. Aber da hielt das Tram ausserplanmässig, und die Chauffeurin kam persönlich nach hinten. Sie warf beide raus. Das war chli blöd für Max, der ja für Gleichberechtigung war. Aber für solche Finessen hatte die Chauffeurin natürlich keine Zeit, so im Fyrabigverkehr.

# Die SVP verliert

## und entlarvt sich so deutlich wie noch nie



**Ein alter Mann sitzt auf einem Heuballen. Auf dem Heuballen liegt ein weisses Tuch. Der Heuballen steht auf einem Anhänger. Ein Traktor zieht den Anhänger über eine Wiese. Der alte Bauer besucht ein Familienfest: So sieht's aus, so soll's aussehen. Doch der Gegenschnitt entlarvt die Inszenierung: Hinter Traktor, Anhänger, Heuballen-Thron und altem Mann steht ein Helikopter auf der Wiese. Damit ist der alte Mann ein- und die Inszenierung aufgefliegen.**

Der alte Mann ist Christoph Blocher, gelernter Bauer, studierter Jurist – und Unternehmer. 1983 war er unter merkwürdigen Umständen (er trickste die Besitzerfamilie aus) und mit einem Millionenkredit der damaligen Schweizerischen Bankgesellschaft in Besitz der Ems-Chemie gekommen. Doch den grössten Teil seines Milliardenvermögens verdiente er nicht als Industrieller, sondern als Finanzspekulant. Gemeinsam etwa mit seinem Freund, dem Banker Martin Ebner.

Die beiden wollten ab den 1990er Jahren sogar die AHV in der bewährten und soliden Form abschaffen und mit dem Altersvermögen der Werkstätigen im internationalen Finanzcasino spielen. Millionen kassierte Blocher auch mit der Zerschlagung und Verhörerung der Alusuisse. Auf der Strecke blieb ein Schweizer Traditionsunternehmen und Tausende von Arbeitsplätzen.

Gleichzeitig baute Blocher die kleine Bauern- und Gewerblereipartei SVP innert dreier Jahrzehnte zum hart rechten Stosstrupp um. Zuerst formierte er die Zürcher Kantonalpartei zu einer nationalistischen Bewegung. Er gründete Frontorganisationen wie die «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (Auns) oder übernahm sie. Schliesslich sog die zur Blocher-Bewegung gewordene SVP alles auf, was einst politisch noch rechter stand. Die Partei wurde zum nationalen Sammelbecken aller Rassisten und Frauenfeinde. Dank schier unerschöpflichen finanziellen Mitteln und einer straffen, zentralisierten Parteiorganisation stieg die SVP zur grössten nationalen Partei auf.

Die Lebensleistung von Blocher besteht darin, dass er es geschafft hat, gleichzeitig als Finanzspekulant und Arbeitsplatzkiller zum Milliardär zu werden – und bei seinen Wählenden trotzdem als Retter der «einfachen Leute» dazustehen. Dazu brauchte es einzig immer neue Feindbilder: Ausländer, Arbeitslose, Sozialhilfebeziehende zum

Beispiel – und natürlich die angebliche «Elite», die sich über die Interessen des «Volchs» hinwegsetzt. Dabei ist die SVP – im Unterschied zu fast allen anderen europäischen Rechtsausenparteien – wirtschafts- und sozialpolitisch stramm marktradikal (Ausnahme Landwirtschaft). Sie vertritt die Interessen

**In der SVP wird plötzlich gegen «die Eigenen» so gepöbelt wie sonst nur gegen «die Anderen».**

des reichsten Prozents, der Abzockermanager und Steueroptimierer. Konkret: die Mehrheit der SVP-Wählenden möchte weniger Ausländer, bekommt aber weniger Lohn, weniger Rente, weniger Prämienverbilligungen.

### DER KNALL

Das ging und geht so lange gut, wie der Blocher-Spagat öffentlich funktioniert. Doch der Oligarch ist alt, die Beweglichkeit leidet. Und seine Nachfolgerinnen und Nachfolger bringen sich in Position. Und so lässt sich bei der SVP aktuell beobachten, was für Oligarchien generell gilt: viele innere Widersprüche und feindliche Fraktionen, die sich belauern und bekämpfen.

Dieses Phänomen wurde jetzt, bei der empfindlichen Wahlschlappe im Kanton Zürich, auch für Aussenstehende sichtbar. Widersprüche brechen auf, die Fraktionen bekämpfen sich öffentlich. Und so wird in der SVP plötzlich gegen «die Eigenen» so gehetzt, gekeift und gepöbelt wie sonst nur gegen «die Anderen». Hier die «traditionellen» SVPler, die Blocher verehren, aber doch noch ein Stück weit selber denken. Da die radikalisierten SVP-Kleinbürgerinnen und -Kleinbürger, bei denen noch die offensichtlichsten Unwahrheiten in Sachen Europa, Migration, Sozialhilfe und IV auf fruchtbaren Boden fallen. Dort die urbanen Karrieristen, die hart rechten intellektuellen Überzeugungstäter und wirtschaftsradikalen Sozialabbauerinnen. Diese bewundern offen aktuelle und

historische autoritäre Regime und «illiberale Demokratien», vernetzen sich mit Rechtsausen in aller Welt.

Dies zumindest hat Blocher seit seinem früheren Lobbying für das damalige südafrikanische Apartheidregime in der Öffentlichkeit immer gescheut wie der Teufel das Weihwasser. Seine Ziehsöhne «von der Goldküste» haben da deutlich weniger Berührungängste und nehmen auch schon mal an Neonazi-Aufmärschen in Deutschland teil.

### FÜHRER FLIEGT EIN

Solange die Wahlergebnisse stimmen und es für möglichst viele zu einem Pöstchen reicht, bleibt der Burgfrieden gewahrt. Doch das ist jetzt anders. Jetzt brechen die Gräben auf. Das ist immer ungünstig. Aber besonders ungünstig ein knappes halbes Jahr vor nationalen Wahlen. Darum musste Führer und Financier Blocher in den vergangenen Tagen gleich zweimal persönlich an Versammlungen auftauchen, für die er gar kein offizielles Mandat mehr hat. Er setzte die Parteiführung ab und eine neue ein. Ganz der Chef, der zahlt und befiehlt. Der alte Oligarch ist ein- und die Demokratie-Inszenierung aufgefliegen.

CLEMENS STUDER

### Wahlen: Rot-Grün gewinnt

Rechts verliert, links gewinnt – und in der Mitte ein Gschlegel. Das ist das Fazit der Wahlen in den Kantonen Appenzell-Ausserrhoden, Zürich, Basel-Stadt, Luzern und Tessin. Der Rechtsblock aus SVP/FDP verliert netto: AR –4 Sitze, ZH –11, BL –7, LU –10. Im Tessin legte das Gespann zwar 1 Sitz zu, doch die Lega (im Bundeshaus der SVP-Fraktion zugehörig) verlor 4, macht auch hier netto minus 3 für die Rechte. Rot-Grün legt dagegen durchs Band zu: AR +2, ZH +9, BL +7, LU +10, TI +5 (inkl. Frauenliste). Das zeigt: die Sitze wandern vom rechten Block nach Links-Grün. Die Gewinne der GLP gehen nicht auf Kosten der Linken, sondern hauptsächlich auf Kosten von CVP und BDP. Und das ist gut so: denn mehr GLP ist zwar besser fürs Klima, aber schlecht für Sozialversicherungen und Arbeitnehmerrechte. (cs)

### Die Briefträgerin & Herr S.

Herr S. sei gestorben. Die Briefträgerin erfährt es von einem Kollegen und merkt überrascht, dass sie dem alten Mann nachtrauert. Seiner Freundlichkeit und Aufmerksamkeit. Trotz dem SVP-Heftli, das sie ihm regelmässig bringen musste, trotz seinen faulen Sprüchen über die Frauen. Sprüche, die nie anzüglich waren, eher Ausdruck anhaltender Verwunderung über das an-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

dere Geschlecht. Der Kollege sagte, er habe es von der Nachbarin erfahren. Diese habe weiter gewusst, dass Herr S. keine Angehörigen habe. In solchen Situationen füllt sich manchmal der Briefkasten, bis die Wohnung geräumt ist. Erst einige Tage nachdem der Name vom Kasten verschwunden ist, wird er im Adressmanagement der Post als

### Ob es den Leuten bewusst ist, dass es jemanden gibt, der oder die einiges über ihr Leben weiss?

inaktiv erfasst, und die Post wird re-tourniert. Manchmal erteilt eine Behörde einen befristeten Nachsendeauftrag. Was mit der Post von Herrn S. geschieht, weiss die Briefträgerin nicht. Sie ist nicht mehr auf der Tour, die seine ehemalige Wohnung bedient. Aber sie sprach mit P., einem andern Quartieroriginal. «Mister Spock ist tot?» fragte P. «Wir nannten ihn so, wegen der Form seiner Ohren.» Die Briefträgerin fragt sich schmunzelnd, ob Herr S. diesen Übernamen wohl kannte. Sie erfährt noch dies und das, P. ist ein freigebiger Erzähler.

**POSTGEHEIMNIS.** Was sie selber weiss, behält die Briefträgerin für sich. Postgeheimnis. Sie denkt an die Briefe, die Herr S. anscheinend in alle Welt verschickt hat. Manche kamen zurück mit dem Vermerk «address unknown». Es waren Briefe an Prominente dabei. Was wohl in ihnen stand? Die Briefträgerin spürt eine kleine Reue. Eigentlich hätte sie gern mehr über Herrn S. gewusst. Er hätte bestimmt Auskunft gegeben, gesprächig wie er war. Nun ist es für alle Fragen zu spät.

Ob es den Leuten bewusst ist, dass es jemanden gibt, der oder die einiges über ihr Leben weiss? Und vielleicht Anteil nimmt. Sich freut, wenn Hände voll Geburtstagspost gebracht werden können, mitfühlt, wenn Todesanzeigen oder Kondolenzschreiben deponiert werden müssen. Jemand, die oder der sich auch dann noch erinnert, wenn ein Name vom Kasten verschwunden ist. Eines Morgens trägt der verwaiste Briefkasten dann eine neue Aufschrift, und eine andere Geschichte beginnt.

Und die Briefträgerin? Ist sie sich bewusst, dass vielleicht auch sie beobachtet wird? Dass ihre Selbstgespräche am Kasten, ihre gelegentlichen Flüche, ihr Singen und Pfeifen an unbeschwertem Tagen gehört und wahrgenommen werden? Dass Leute, mit denen sie nie sprach, merken, wenn sie nicht mehr da ist. Weil sie reorganisiert wurde, weil sie weggezügelt ist oder weil sie starb? Sehen und gesehen werden...

## Lisa gewinnt 7050 Franken

BASEL. 7050 Franken: So viel verdienen Frauen jedes Jahr weniger als Männer, ausgehend von einem Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde, wie ihn die Unia für Basel fordert. Genau diese Summe war der Hauptpreis in einem Wettbewerb zur Lohngleichheit der Unia Aargau-Nordwestschweiz. Gewinnerin Lisa, im Stundenlohn angestellt, freut sich: «Mit diesem Betrag mehr auf dem Konto kann ich jetzt eine Zahnbehandlung machen, anstatt nur darauf zu sparen.» Wie viele andere Frauen bereitet sich Lisa darauf vor, am 14. Juni zu streiken. Damit die Lohngleichheit endlich Tatsache wird.

## Ständeräte wollen Löhne drücken

BERN. Eine Firma aus dem Tessin, die in Zürich einen öffentlichen Auftrag ausführt, soll Tessiner Löhne zahlen dürfen: Das will die Wirtschaftskommission des Ständerats. In der Revision des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen will sie die Regel streichen, dass Firmen ortsübliche Löhne zahlen müssen. Der Gewerkschaftsbund warnt, dass dies eine Lohnspirale nach unten auslösen würde. Denn lokale Anbieterinnen wären gegenüber solchen aus Niedriglohn-Kantonen im Nachteil und könnten damit eine Verschlechterung der eigenen Löhne rechtfertigen.

## Endlich ein GAV für Ryanair!

BERLIN. Rund 1100 Flugbegleiterinnen und -begleiter der Billig-Airline Ryanair in Deutschland können sich freuen: Zum ersten Mal gilt für sie ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Nach langen Verhandlungen und Streiks konnte die deutsche



ERFOLG: Mehr Lohn für Ryanair-Mitarbeitende.

Gewerkschaft Verdi den Vertrag Ende März unterzeichnen. Der Grundlohn steigt um 600 Euro pro Monat. Genauso wichtig: Für die Mitarbeitenden gilt jetzt deutsches Arbeitsrecht. Das bringt einen besseren Kündigungsschutz und das Anrecht auf Lohn im Krankheitsfall.

## Mehr Lohn für Gerüstbauer

BERN. Pro Monat 50 Franken mehr Lohn gibt es seit 1. April für alle Gerüstbauerinnen und -bauer in der Schweiz. Darauf haben sich die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband geeinigt. Zudem steigt der Mindestlohn für Mitarbeitende ohne Fachkenntnisse um 100 Franken auf neu 4293 Franken. Die neuen Löhne sind allgemeinverbindlich für alle Betriebe. Sie gelten auch für ausländische Firmen, die Gerüstbauer in der Schweiz einsetzen, sowie für Temporärmitarbeitende.

# Die Migros lässt Leute für ein Sackgeld arbeiten

## Der orange Amigo-Kapitalismus

Der neue Migros-Lieferdienst Amigos macht auf Nachbarschaftshilfe. work hat ihn getestet und zeigt, was wirklich dahintersteckt.

CHRISTIAN EGG

Bananen, Hackfleisch, Papiertaschentücher: Mit einem Klick landet alles im Warenkorb. Die neue Einkaufsplattform der Migros unterscheidet sich auf den ersten Blick nicht von anderen Webshops. Die Einkäufe liefert aber nicht ein Paketdienst nach Hause oder ein Migros-Fahrer, sondern ein Amigo, ein Freund. So persönlich heisst denn auch die Plattform: Amigos, Freunde.

Seit knapp einem Jahr läuft das Pilotprojekt in den Kantonen Bern und Zürich. Die Migros schreibt dazu wohlklingend, im Vordergrund stehe nicht das Geld, sondern «das Bestreben, Migros-Kundinnen und -Kunden einander näherzubrin-



FOTO: PD

«Die Migros will aus der Hilfsbereitschaft Profit schlagen.»

SOZIOLOGIN SARAH SCHILLIGER

gen». Die Gebühr für die Lieferung komme voll und ganz den «Bringern» zugute: «Die Migros erzielt keinen Gewinn.» Sie bemüht sogar ihren Gründer Gottlieb Duttweiler und sein Engagement für das Gemeinwohl: «So lebt auch Amigos vom sozialen Gedanken, dass die Leute füreinander da sind und sich gegenseitig unterstützen können.»

«Social Shopping» sagt die Migros dem. Die Amigos erhalten keinen regulären Lohn, sondern nur ein «Taschengeld» – wie der orange Riese wörtlich schreibt. Es sei auch «nicht die Idee, dass jemand Amigos als Nebenjob nutzt». Viele Bringer würden die Auslieferung «mit dem eigenen Einkauf verbinden» oder «machen sie in der Freizeit». 30 bis 40 Minuten betrage der Zeitaufwand pro Lieferung, so die Migros. So weit die orange Eigenwerbung. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus? Wer sind diese Amigos, die sich von der grössten Detailhändlerin (Umsatz 2018: 28,4 Milliarden Franken) für ein Trinkgeld einspannen lassen? work hat den Amigo-Test in der Stadt Bern gemacht.

### 7 FRANKEN 90 PRO STUNDE

11.10 Uhr: Sandra Berger\* steht zusammen mit ihrem kleinen Sohn vor der Tür, in der Hand die Migros-Tasche mit der Lieferung. Sie musste die Waren aus dem eigenen Sack bezahlen. Nach Abschluss der Lieferung bezahlt ihr die Migros das Geld zurück, plus 7 Franken 90 für die erste Einkaufstasche und 2 Franken für jede weitere. Weil dies ihr allererster Amigos-Auftrag ist, bekommt sie sogar die doppelte Grundgebühr, also 15 Franken 80.

Die junge Frau arbeitet 50 Prozent in einem Büro. Mit Amigos bessert sie ihr Haushaltseinkommen auf. Deshalb ist ihr auch «ehrlich gesagt egal», wem sie die Einkäufe bringt. Die nächste Lieferung bringt Marco Hug\*. Er macht die Berufsmatur, arbeitet daneben 20 Prozent plus drei bis fünf Amigos-Lieferungen pro Woche. Im Schnitt brauche er etwa eine Stunde pro Auftrag, sagt er. Eigentlich hatte er sich für andere Jobs im Detailhandel beworben, an der Kasse oder im Kundendienst. Fand aber keine Stelle. Jetzt macht er halt das.

Wer bei Amigos bestellt, gibt ein Zeitfenster an, in dem die Ware geliefert werden soll. Doch als work eine dritte und vierte Bestellung aufgibt, nimmt innerhalb dieses Zeitfensters niemand den Lieferauftrag an. Kommt Amigos vielleicht gar nicht so richtig ins Rollen?

### DUTTI DREHT SICH IM GRAB UM

Die Migros räumt auf Anfrage ein, dass sie für das Pilotprojekt eine «Anschubfinanzierung» leiste. Für die erste Bestellung schenkt sie den Einkaufenden die Lieferkosten. Danach berechnet sie ihnen jeweils nur 5 Franken Grundgebühr statt 7.90. «In den nächsten Wochen» will die Migros entscheiden, ob sie Amigos auf andere Regionen ausweitet. Vorher würde man aber «das rechtliche Konstrukt

KATZE AUS DEM SACK: Der orange Riese verkauft seinen Lieferdienst Amigos als sozial, dabei geht es um eiskalten Plattform-Kapitalismus. FOTO: WORK

## workfrage: Was halten Sie vom Dumping-Dienst Amigos der Migros?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

nochmals überarbeiten». Hat sich Migros-Gründer Duttli ob dieser neuen Form von orangem Plattform-Kapitalismus (siehe Text unten) vielleicht laut im Grab umgedreht?

### ES GEHT UM MARKTANTEILE

Eine, die sich mit dem Migros-Lieferdienst Amigos wissenschaftlich befasst, ist die Soziologin Sarah Schilliger. Sie erforscht an der Universität Basel prekäre Arbeitsverhältnisse und nennt Amigos «die kommerzielle Verwertung von Nachbarschaftshilfe» – und keineswegs ein soziales Projekt. Der Migros gehe es in erster Linie darum, Marktanteile zu sichern. Schilliger: «Anstatt dass die Migros für die Heimlieferung einen richtigen Lohn zahlt, will sie aus der Hilfsbereitschaft ihrer Kundinnen und Kunden Profit schlagen.»

\*Namen geändert

## Uber & Co.: Prekäre Arbeit, Dumpinglöhne – und keine AHV

Die Migros ist nicht das erste Unternehmen in der Schweiz, das Leute für ein Taschengeld beschäftigt. Der mittlerweile eingestellte Dumping-Taxidienst «Uber Pop» funktionierte ebenfalls nach diesem Muster. Die Swisscom schickt unter dem Label «Mila Friends» technisch versierte Anwenderinnen und Anwender aus der Nachbarschaft zu ihrer Kundschaft, etwa um den neuen Internet-Router zu installieren. Der Preis für die Dienstleistung wird direkt mit dem «Friend» (Freund) abgemacht.

PLATTFORM-PRINZIP Und Ikea arbeitet fürs Ausliefern der Möbel in Genf mit der Lieferfirma Trusk zusammen, die

vorwiegend Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Frankreich beschäftigt. Monats-(Dumping-)Lohn: 1900 Franken. All diesen Diensten gemeinsam ist das Plattform-Prinzip: Ein Algorithmus sucht für jede neue Aufgabe eine Arbeitskraft. Das ist Kapitalismus in Reinkultur. Früher, ohne Computer, war es nicht rationell, für jede kleine Aufgabe eine Person zu suchen und danach wieder zu entlassen. Deshalb entstanden Firmen, die ihre Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem Vertrag längerfristig anstellen. Doch heute ist es möglich, mit ein paar Klicks selbst winzigste Aufträge an einen Markt mit Tausenden Arbeitskräften zu vergeben. Damit ver-

schiebt sich das Machtgefüge in der Arbeitswelt noch mehr zugunsten der Firmen: Mindestlohn, Kündigungsschutz, Ferienanspruch, Streikrecht – davon wollen solche Plattformen meist nichts wissen. Sarah Schilliger, Expertin für prekäre Arbeitsverhältnisse an der Uni Basel, sagt: «Arbeit gibt's dort nur auf Abruf, befristet, flexibilisiert und ohne jegliche soziale Sicherung wie AHV, Arbeitslosen- oder Krankentaggeld.»

KANTON MUSS HANDELN. Und die nächste Plattform steht bereit: Wieder ist es der US-Gigant Uber. In Genf und Lausanne lässt er schon Mahlzeiten per Velo oder Töff ausliefern, unter an-

derem für McDonald's. Ohne Unfallversicherung, ohne AHV-Beiträge, zu Dumpinglöhnen. Bald soll «Uber Eats»

Ein Algorithmus sucht für jede neue Aufgabe eine Arbeitskraft. Das ist Kapitalismus in Reinkultur.

auch in Zürich starten. Die Unia fordert jetzt den Kanton auf, aktiv zu werden. Lorenz Keller von der Unia Zürich-Schaffhausen fordert: «Die Volkswirtschaftsdirektion muss prüfen, ob «Uber Eats» die Schweizer Gesetze einhält. Und zwar bevor sich die Firma in Zürich festsetzen kann.» (che)



**AM THUNERSEE:** Das Schicksal hat Willy Scherz gezeichnet, aber nicht gebrochen.

Willy Scherz, Verdingbub, Koch & Cowboy:

# «Ich stehe immer wieder auf. Das nervt sie.»

**Er wurde verstossen, vergewaltigt und verhaftet. Und trotzdem ging er seinen Weg. Darauf ist Rentner Willy Scherz heute stolz.**

CHRISTIAN EGG | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Ein Sonntagmorgen im Sommer 1957. Der 6-jährige Willy Scherz und seine vier Geschwister warten aufgeregt vor dem Haus der Grosseltern. Heute dürfen sie mit dem Vater eine Spritzfahrt machen. Zwar ist er kein guter Vater. Er säuft, schlägt die Kinder und die Mutter, verjubelt das Geld im Puff. Die Familie hat kaum etwas zu essen. Aber er ist eben doch der Vater.

Was jetzt passiert, brennt sich für immer in Willys Gedächtnis ein: Der Vater fährt im neuen Chevrolet Cabriolet vor. Die Geschwister klettern ins Auto. Als Willy auch einsteigen will, sagt der Vater: «Du nicht! Du bist nicht von mir. Geh zu deinem Alten.» Zeigt auf den Grossvater und fährt weg.

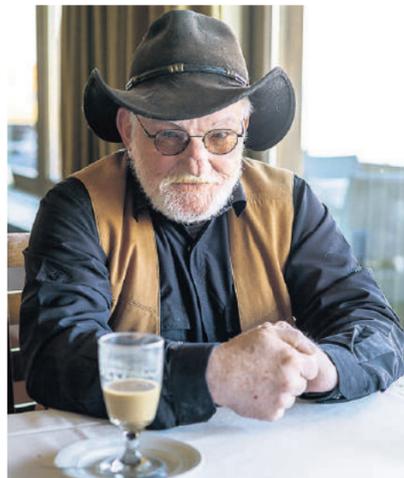
## IM HUNDEHAUS VERSTECKT

Bis heute weiss Willy Scherz nicht mit Bestimmtheit, wer sein Vater ist. Er ist jetzt 68 Jahre alt, weisser Bart, Brille, Stetson-Cowboyhut. work trifft ihn in Leissigen im Berner Oberland. Er sagt: «Hier oben kenne ich fast jeden Stein.» Einen Sommer lang hütete er auf einer Alp die Kühe. Überhaupt, mit den Tieren konnte er es immer gut: «Die haben mich nie weggeschickt.»

Anders als die Menschen. Als Willy fünf oder sechs ist, genau weiss er es nicht mehr, bringen ihn seine Eltern nach Bern, in die Obhut der Grosseltern. Die Mutter sei überfordert gewesen mit den fünf Kindern, vermutet er heute. Der Grossvater kümmert sich liebevoll um Willy, der Bett-nässer ist. Aber die Grossmutter schlägt ihn und will ihn nicht. Hinter dem Rücken des Grossvaters sorgt sie dafür, dass der Bub einen Vormund bekommt und abgeholt wird. Willy versteckt sich den ganzen Tag im Hundehaus. Erst der Grossvater, der am Abend nach Hause kommt, ahnt, wo er den Bub suchen muss.

Ein paar Tage später wird der Erstklässler frühmorgens von der Polizei abgeholt, kommt ins Heim, später in eine Pflegefamilie nach St. Gallen. Mit neun Jahren kommt er ins Evangelische Erziehungsheim Hochsteig im Toggenburg. Am Morgen geht er zur Schule, am Nachmittag arbeitet er in der Landwirtschaft. Als Gratisknecht.

Er vermisst seinen Grossvater und seine Geschwister. Das sei überhaupt das Schlimmste gewesen, sagt er: «Heimweh zu haben nach den eigenen Leuten, obwohl sie mich verstossen haben.» Dreimal haut



**WILLY SCHERZ:** Er erzählt seine Geschichte nicht im Jammerton. Sondern mit Stolz.

er ab und geht zu Fuss vom Toggenburg bis nach Bern. Dreimal wird er geschnappt, immer fünfzig Meter vor dem Haus des Grossvaters. Die Polizisten wussten, wo er hinwollte.

## VERGEWALTIGUNG IM KLOSTER

Mindestens zehn Heime habe er von innen gesehen in seiner Jugend, erzählt Scherz. Es sind keine schönen Erinnerungen. Auch nicht ans Kloster: «Ein Klosterbruder holte mich dort eines Nachts um Mitternacht aus dem Bett. Dann vergewaltigte er mich auf dem Küchentisch. Da war ich elf Jahre alt.» Als er den Missbrauch dem Hausvater meldet, glaubt der ihm nicht: Das könne

nicht sein, sagte dieser. Der Bruder sei doch «ein ehrenwerter Mann».

Auch später wird er sexuell ausgenutzt und schikaniert. Mit 18, kurz nach seiner Lehre als Koch, kauft Willy Scherz ein Zugbillet und will von Winterthur nach St. Gallen zu seinem Pflegevater. Im Zug verhaftet ihn die Polizei und bringt ihn im Arrestabteil nach Bern, er weiss nicht, warum. Dort wird er seinem Vormund vorgeführt – der hatte ihn zur Fahndung ausgeschrieben. Nur weil er seine aktuelle Adresse wissen wollte. Dann lässt er ihn wieder ziehen.

Aber Geld für die Rückfahrt gibt's nicht. Scherz erzählt: «Der Beamte am SBB-Schalter sagte mir: Geh doch zur Schanze neben dem Bundeshaus.» Dort verspricht ihm ein Mann Geld. Aber er nötigt ihn zum Sex, bevor er ihm 50 Franken gibt. «Ich bin dann nicht mehr zum Pflegevater. Ich habe mich geschämt.»

Mit 21 Jahren ist er endlich die Vormundschaft los. Und arbeitet mal als Kutscher, als Alphirt, Traktorfahrer, Zügelmann, Kranführer, Rangierarbeiter. «Ich war mir nie zu schade zum Arbeiten», sagt er. Und er lernt schnell. In der Schule hatte er zwar Mühe, weil er Legasthenie hat. Aber mit 16 Jahren wurde er psychiatrisch abgeklärt. «Da ist nichts herausgekommen, ausser dass ich einen IQ von 143 habe.»

## SIE SAGTEN IHM «VAGANT»

Willy Scherz wird mehrmals verhaftet und landet im Gefängnis. Wegen Fahrens ohne Ausweis, wegen Schlägereien. Zwei davon mit Polizisten, die ihn als «Vagant» beschimpften. «Das muss ich mir nicht aus teilen lassen», sagt er. In der Jugend sei ihm eingebleut worden: Aus dir wird nichts, du bleibst ewig ein Versager. Scherz will beweisen, dass es nicht so ist: «Ich habe immer für meinen Lebensunterhalt gesorgt.»

Willy Scherz erzählt seine Geschichte nicht im Jammerton. Sondern mit Stolz. Dass er heute sein Leben so lebt, wie er will: «Alle wollten mich zu einem 08/15 machen, aber das bin ich nicht. Sie haben mir immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen. Aber ich stehe jedesmal wieder auf. Und das nervt sie.»

In den 1970er Jahren trampelt er nach Hamburg, heuert auf einem Schiff als Koch

an. Nach fünf Jahren steigt er in Miami aus und lebt ein paar Jahre in den USA. Zuerst als Cowboy, dann als Lastwagenfahrer.

Zurück in der Schweiz, kassiert er seine längste Gefängnisstrafe. Wegen Sex mit einem Minderjährigen. Seinem damaligen Freund. Scherz erzählt: «Es war zwei Tage vor seinem 16. Geburtstag. Seine Mutter zeigte mich an.» Zwei Jahre sitzt er in

## Dreimal haut er ab und geht zu Fuss vom Toggenburg bis nach Bern. Dreimal wird er geschnappt, immer fünfzig Meter vor seinem Ziel.

der Strafanstalt Le Landeron im Berner Seeland. Verstanden hat er es bis heute nicht: «Wenn ich mit meinem Freund schlafte, beide sind schwul und beide wollen es, dann bin ich ein Verbrecher. Aber wenn mich ein Klosterbruder vergewaltigt, ist er ein ehrenwerter Mann.»

## KAFFEE IM GLAS

In der Jugend haben sie ihm zweimal Drogen in ein Getränk getan. Seither will Willy Scherz sehen, was er trinkt. Er bestellt einen Kaffee – im Glas. Selber hat er nie Drogen genommen, auch keinen Alkohol: «Ich wollte nicht werden wie mein Alter.»

Heute lebt er von der AHV. 600 Franken pro Monat, plus Ergänzungsleistungen (EL) für die Miete und die Krankenkasse. Ab und zu hilft er irgendwo im Garten, macht einen Transport oder kümmert sich um ein schwieriges Pferd. «Trotzdem bin ich ab Mitte Monat immer stier.» Er rückt den Stetson auf dem Kopf zurecht und zündet eine Marlboro an.

Letztes Jahr hat er 25000 Franken bekommen. Als Solidaritätsbeitrag für die Opfer von Zwangsmassnahmen (siehe Kasten). Die AHV-Stelle zitierte ihn aufs Büro. Jetzt habe er ja Geld bekommen, da brauche er keine EL mehr, hiess es. Aber Scherz wehrte sich: «Erstens steht in dem Brief, das Geld sei unantastbar. Zweitens habe ich denen gesagt, ich habe das Geld schon für ein Auto gebraucht.» Das stimmte nicht. Aber kurz darauf kauft er sich tatsächlich einen neuen Pickup-Truck. Er grinnt. Sicher ist sicher.

## HEIM- UND VERDINGKINDER

### DIE AUFARBEITUNG LÄUFT

Es ist eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der Schweiz: Bis in die 1980er Jahre sperrte die Schweiz Hunderttausende Heim- und Verdingkinder weg, misshandelte und erniedrigte sie. Ihre Leidensgeschichte wird jetzt aufgearbeitet. Seit 2017 läuft die historische Aufarbeitung durch den Schweizerischen Nationalfonds. Laut Schätzungen leben heute noch zwischen 15000 und 20000 Opfer. Rund 9000 von ihnen beantragten letztes Jahr den Solidaritätsbeitrag des Bundes von 25000 Franken. Warum so wenige? Das ehemalige Heimkind Robert Blaser sagte damals der Zeitung «Bund»: «Für viele ist die Obrigkeit – Staat und Kirche – in der Täterrolle. Und viele konnten nicht verstehen, warum der «Täter» ihnen Geld geben wollte.» Viele Betroffene hätten einen Abwehrreflex gegen alles Behördliche.

**BUCHREIHE.** Ihre Arbeit bereits abgeschlossen hat die Expertinnen- und Expertenkommission zu den «administrativen Versorgungen». Menschen wurden ohne Gerichtsurteil in Anstalten oder Gefängnissen eingesperrt, weil sie arm oder randständig waren oder nicht den moralischen Vorstellungen entsprachen. Man sterilisierte sie und zwang sie zur Abtreibung. Soeben erschienen ist ein Band mit Portraits von Betroffenen. Neun Bände zu weiteren Themen sind bis September geplant. Parallel dazu tourt eine Wanderausstellung durchs Land. (che)

[rebrand.ly/buchreihe](http://rebrand.ly/buchreihe)  
[rebrand.ly/wanderausstellung](http://rebrand.ly/wanderausstellung)

## Lohnschutz und EU Die Aufholjagd

Der politische Kampf um den Lohnschutz tobt in der Schweiz mit offenem Ausgang. Aber die Gewerkschaften haben hier die Nase vorn. Auf dem europäischen Parkett hingegen galt die Debatte lange als verloren: Die EU-Kommission und einzelne Staatschefs der EU forderten unisono den Abbau der flankierenden Massnahmen (FlaM) in der Schweiz. Dann trat mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) ein neuer Player auf, widersprach und stärkte



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

den Schweizer FlaM den Rücken. Es begann eine spannende Aufholjagd im Europäischen Parlament.

**ACHTUNGSERFOLG.** Bei der ersten Abstimmung über den Lohnschutz in der Binnenmarktkommission im Januar konnte der süddeutsche FlaM-Gegner und CDUler Andreas Schwab noch triumphieren: Mit 32:0 Stimmen folgte die Kommission seiner

### Die Gewerkschaften haben in Brüssel erst spät lobbyiert.

Verurteilung des Schweizer Lohnschutzes als «unverhältnismässig einseitig». Im Februar, bei einer zweiten Abstimmung im Handlungsausschuss, war die Sache schon nicht mehr so klar. Eine dritte Abstimmung fand im Plenum des Europäischen Parlaments am 26. März statt. Jetzt unterstützten 264 Abgeordnete ausdrücklich die Schweizer FlaM. Der deutsche Grüne Reinhard Bütikofer hatte einen entsprechenden Antrag gestellt. Ein Streichungsantrag, der die Schweizer FlaM nicht kritisieren wollte, erreichte 302 von 330 Stimmen. Dahinter standen die Fraktionen der Grünen, der Linken, der SP. «Ein gewerkschaftlicher Achtungserfolg», konstatierte die NZZ zähneknirschend.

**DRANBLEIBEN.** Die Geschichte zeigt: punkto Rahmenabkommen ist zwischen der Schweiz und der EU noch nicht alles gelaufen. Der erfahrene Grünen-Politiker Bütikofer sagt es so: «Ich würde erst mal nicht akzeptieren, dass nicht nachkorrigiert werden kann.» Gleicher Meinung ist auch Roland Erne. Der Schweizer forscht an der UCD-Universität in Dublin unter anderem zum Thema «Gewerkschaften in Europa». Erne bedauert, dass die Gewerkschaften erst spät in Brüssel lobbyiert haben. «Der selbsternannte Chefankläger gegen die FlaM, Andreas Schwab, ist seit Jahren dran.» Erne findet deshalb, die Gewerkschaften sollten ihr Lobbying gegenüber Brüssel und einzelnen Regierungen verstärken. «Da liegt noch viel drin.»



### Wo drückt der Schuh im Gastgewerbe?

Mit Blick auf die Verhandlungen zum neuen Landes-Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes (L-GAV) will die Unia wissen, welche Verbesserungen für die Beschäftigten die höchste Priorität haben. Mach mit bei der Umfrage! Link zur Seite:

[www.unia.ch/umfrage-gastro](http://www.unia.ch/umfrage-gastro)

# Unia Berner Oberland: Delegierte wählen Präsidenten ab «Wir haben genug vom Gschtürm»

**Die Wirren in der Unia Berner Oberland machen national Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse. Jetzt haben die Delegierten den Präsidenten abgewählt. Basismitglieder sagen, wie es dazu kam.**

CLEMENS STUDER

6. April 2019, 9.30 Uhr, Restaurant Freienhof, Thun: Die Delegiertenversammlung (DV) der Unia Berner Oberland beginnt. Regiopräsident Hans Ulrich Balmer eröffnet die Versammlung mit einer Brandrede. Darin wiederholt er die Vorwürfe gegen die Unia-Zentrale, die er seit rund einem Jahr auch in der Lokalpresse und am Tag der DV in der «Schweiz am Wochenende» aus dem Aargau verbreitet (siehe Kasten unten). Ebenfalls in dieser Zeitung kündigt er an, was er nach seiner Rede tut: Balmer verlässt mit sechs Getreuen die Versammlung. Die Delegierten übertragen daraufhin das Tagespräsidium an Giuseppe Reo, Regiosekretär ad interim. Und für die Wahlgeschäfte an Unia-Präsidialsekretär Philipp Müller.

### SACHLICHE DISKUSSIONEN

So laut der Auftakt war, so ruhig, konzentriert und gesittet ging die Versammlung dann weiter. Walter Fischer, pensionierter Zimmermann und Schreiner, Gewerkschafter seit 1964, sagt zu work: «Nach dem Auszug des Präsidenten waren die Diskussionen sachlich, korrekt und ohne Provokationen. Man liess sich gegenseitig ausreden.» Fischer war es, der im Auftrag seiner Ortsgruppe «Brienzoberhasli» den entscheidenden Antrag einbrachte: Der bisherige Präsident soll per sofort sowohl als Präsident ausscheiden wie auch aus «allen sonstigen Ämtern innerhalb

### Konflikt im Oberland: Darum geht es

Seit rund einem Jahr herrscht in der Berner Oberländer Unia-Einheit eine angespannte Situation. Formal entzündete sich der Konflikt an der Wahl einer neuen Leitung vor einem Jahr. Zum ersten Mal in der Unia-Geschichte scheiterte diese. Der Regionalpräsident liess die Delegierten ohne statutenkonformen Wahlvorschlag eine Wahl durchführen.

**BESCHWERDEN.** Mehrere Delegierte reichten dagegen Beschwerden ein, die später von der Beschwerdekommision – einem unabhängigen Gremium von Milizmitgliedern aus allen Unia-Regionen – gutgeheissen wurden. Als die nationale Geschäftsleitung die Kandidaten nicht als Regiosekretäre anstellte, ging der unterdessen abgewählte Präsident und weitere Vorstandsmitglieder mit immer neuen Vorwürfen an die Öffentlichkeit.



JA, DS OBERLAND! Logo auf dem Hut der Unia Berner Oberland. FOTO: MJK

und ausserhalb der Unia im Namen der Unia». Die Delegierten stimmten mit 46 gegen 6 Stimmen und 1 Enthaltung zu. Ein klares Votum der Basis!

### KONSEQUENZEN ZIEHEN

Die Wirren der letzten Monate ärgern Fischer und seine Kolleginnen und Kollegen vor allem aus zwei Gründen: «Sobald wir uns mit den Unstimmigkeiten näher befassten, sahen wir, wie viel Unehrlichkeit im Spiel war. Da wollten wir als Ortsgruppe die Konsequenzen ziehen.» Und: «Das ganze Gschtürm hat die gewerkschaftliche Arbeit behindert.

### Präsident Balmer wurde mit 46 gegen 6 Stimmen abgewählt.

Davon hatten wir genug.» Als Basismitglied kennt Fischer den abgewählten Präsidenten Balmer, der ebenfalls seit Jahrzehnten in der Gewerkschaft ist, «nur aus Versammlungen».

Chantal Zürcher dagegen erlebte Präsident Balmer als Vorstandmitglied hautnah. Und das vergangene Jahr ging der Präsidentin der Ortsgruppe «Spiez/Aeschi/Krattigen» besonders nahe. Zu work sagt die Frau, die als Sozialbegleiterin arbeitet: «Irgendwann habe ich gemerkt, dass eine parallele Struktur entstan-

den war. Ich erfuhr nicht mehr alles. Da habe ich angefangen, ganz hartnäckig nachzufragen.» Als sie sich weigerte, die vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten statutenwidrig zu wählen, sei sie per SMS übel beschimpft worden. Zürcher: «Es gab sogar einen langjährigen Kollegen, der mir die Freundschaft aufkündigte. Das ging schon an die Substanz.» Aber, so Zürcher weiter: «Wenn ich etwas nicht ausstehen kann, sind es Unehrlichkeiten und Ungerechtigkeiten. Da muss ich mich einfach wehren!»

Chantal Zürcher bleibt im Regiovorstand. Auch sie hofft: «Jetzt können wir nach vorne schauen und uns endlich wieder für unsere wichtigen gewerkschaftlichen Kampagnen einsetzen.»

### EIN KRÄNZCHEN FÜR DAS SEKRETARIAT

6. April 2019, 13.50 Uhr, Restaurant Freienhof, Thun: Eine denkwürdige Delegiertenversammlung der Unia Berner Oberland ist zu Ende. Den Delegierten ist die Erleichterung anzumerken. Chantal Zürcher liegt eines besonders am Herzen: «Ich möchte den Mitarbeitenden auf dem Sekretariat ein grosses Kränzli winden. So, wie diese Kolleginnen und Kollegen während des vergangenen Jahres arbeiten mussten, war einfach kein Zustand. Dass sie trotzdem ihr Bestes taten, kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen!»

## Wirren im Berner Oberland: Was nun, Frau Alleva?

**Unia-Chefin Vania Alleva zu den neusten Entwicklungen in der Unia-Region Berner Oberland.**

**work:** Frau Alleva, ist der Konflikt im Berner Oberland mit der Abwahl von Hansueli Balmer gelöst?

**Vania Alleva:** Nein. Es wäre falsch zu glauben, das Problem liege nur bei einzelnen Personen. Für mich ist der Konflikt Ausdruck einer grundsätzlichen Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

**Was meinen Sie damit?**

Wir sind eine breit aufgestellte Organisation mit gegen 200 000 Mitgliedern aus über 100 verschiedenen Branchen. Unsere Basismitglieder mit all ihren vielfältigen Interessen sollen die Orientierung der Unia bestimmen. Dafür haben wir eine komplexe Struktur von Milizgremien mit starken demokratischen Rechten. Gleichzeitig müssen wir für ein professionelles Funktionieren sorgen. Nur so kön-



VANIA ALLEVA: «Ich möchte jetzt nach vorne schauen.»

FOTO: P. MOSIMANN

Berner Oberland an der Nachfolgefrage um die Leitung der Region aufgebrochen ist. Eine Regiosekretärin, ein Regiosekretär muss beides können: die demokratischen Ambitionen der Basis verstehen und das professionelle Funktionieren der Unia-Mitarbeitenden sicherstellen. Darum gibt es jeweils eine Auswahlkommission, die die besten Kandidatinnen und Kandidaten nach professionellen Kriterien vorschlägt.

Und eine Wahl durch die regionale Delegiertenversammlung (DV), welche die Verankerung in der Basis sicherstellt. Die notwendige Anstellung durch die nationale Geschäftsleitung sollte dann eigentlich nur noch eine Formsache sein. Für all das braucht es eine optimale Verständigungsleistung aller Beteiligten. Sie ist in diesem Fall leider gescheitert.

### Wie geht es jetzt weiter im Berner Oberland?

Die Delegierten im Oberland haben sich dafür ausgesprochen,

dass interne Meinungsverschiedenheiten auch intern ausgetragen werden und dass die Stärkung der Gewerkschaftsarbeit und der Mobilisierungsfähigkeit im Zentrum steht. Das verpflichtet uns alle. In diesem Sinn möchte ich nach vorne schauen. Ich wünsche mir, dass unsere aktiven Mitglie-

### «Ein solcher Konflikt hinterlässt Verletzungen.»

der ihre Energie wieder in die gewerkschaftspolitische Debatte investieren können. Und gleichzeitig müssen wir die entstandenen Lücken im Profiapparat mit guten Leuten füllen. Aber es wäre ein Fehler, jetzt einfach zur Tagesordnung überzugehen. Ein solcher Konflikt hinterlässt immer Verletzungen, das tut mir leid. Es wurden von allen Seiten Fehler gemacht. Daraus müssen wir lernen, um wieder konstruktiv zusammenarbeiten zu können.

# Grossbritannien versinkt immer tiefer im Brexit-Chaos

## Land ohne Lohnschutz



**BREXIT-NASE:** Premierministerin Theresa May killt mit Brexit die britische Wirtschaft. Skulptur vor dem Parlament in London. FOTO: GETTY

**Grossbritannien hat stets flankierende Massnahmen zum Schutz der Löhne abgelehnt. Ein kapitaler Fehler, wie die britische Lohnstatistik zeigt.**

RALPH HUG

2016 beschloss eine knappe Mehrheit der Britinnen und Briten den Brexit – den Ausstieg aus der Europäischen Union. Kurz darauf wollte Mike Carter wissen, warum. Der Journalist der britischen Tageszeitung «The Guardian» wanderte zu Fuss von Liverpool nach London. Und sah: geschlossene Minen, leere Industrieparks, Städte mit verriegelten Ladengeschäften. Fastfoodketten, Wettbüros und, gleich nebenan, Pfand- und Kreditleiher. Plus viele «charity shops», Läden von Hilfsorganisationen mit Billig-Lebensmitteln.

Was Carter beobachtete, sind die verheerenden Folgen von Deindustrialisierung und Sparpolitik. Das schwere Erbe von Margaret Thatcher und den regierenden Konservativen (Tories). Aber auch von Tony Blair und einer Sozialdemokratie, welche die neoliberale Politik ihrerseits fortführte. Auch der britische Gewerkschaftsbund Trades Union Congress (TUC) spielte damals gar keine gute Rolle. Das sagt Vasco Pedrina, früherer Co-Präsident der Unia. Der TUC habe versagt: «Der grösste Fehler war, dass er kein Veto gegen eine Personenfreizügigkeit ohne jegliche sozialen Schutzmassnahmen einlegte», so

### Lohnschutz in Europa: Ein steiniger Weg

Es war an einem Seminar in Berlin im Jahr 2010. Da diskutierten fortschrittliche Leute aus dem Gewerkschaftsbund SGB und der deutschen Gewerkschaft Verdi eine europäische Bürgerinitiative. Diese sollte das Thema Lohnschutz europaweit aufs Tapet bringen. Leider folgte der Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbunds der Idee nicht. Der damalige Unia-Co-Präsident Vasco Pedrina war mit dabei und sagt heute: «Da wurde eine grosse Chance verpasst.» Der Brexit sei nun die bittere Quittung für die Politik der Deregulierung ohne sozialen Schutz. Pedrina hat die Geschichte der gewerkschaftlichen Mobilisierung für den Lohnschutz aufgeschrieben. Sie zu lesen lohnt sich: [rebrand.ly/lohnschutz](http://rebrand.ly/lohnschutz). (rh)

Pedrina. Anders in der Schweiz: Hier setzten sich SP und Gewerkschaften erfolgreich für flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit ein. Für das Prinzip: «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort», um Lohndumping durch die Firmen zu verhindern.

### GLEICHER LOHN AM GLEICHEN ORT

In Grossbritannien konnten die Firmen den eingewanderten Arbeitsuchenden zum Beispiel aus Polen problemlos Tiefstlöhne zahlen. So entstand Lohndruck. Die radikale Rechtspartei Ukup nutzte diese Situation, um überall fremdenfeindliche Stimmung zu schüren. Sie verlangte «British jobs for British workers!», britische Jobs nur für Einheimische. Der TUC setzte dem zu lange nichts entgegen. Pedrina erinnert sich: «Wir kämpften im Europäischen Ge-

**«Viele Arbeiter stimmten Ja zum Brexit, weil sie über das Lohndumping besorgt waren.»**

GEWERKSCHAFTERIN ESTHER LYNCH

werkschaftsbund vehement für das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». Aber der TUC paktierte mit den osteuropäischen Gewerkschaften und fand unsere Forderung protektionistisch.»

Das grosse Umdenken kam 2009, als 800 Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Ölraffinerie Lindsey in Nordengland in einen wilden Streik traten. Ihre Chefs wollten Arbeiter aus Italien und Portugal zu Niedriglöhnen anheuern. Da begriff auch der TUC, dass der Lohnschutz unerlässlich ist. Wenig später folgte das Umdenken der polnischen Gewerkschaften. Diese waren auf den heimischen Baustellen für die Fussballeuropameisterschaft 2012 plötzlich mit entsandten Arbeitern aus China konfrontiert.

### REALEINKOMMEN SINKT

Heute ist der Lohnschutz als flankierende Massnahme im Gewerkschaftslager europaweit anerkannt. Esther Lynch, beim Europäischen Gewerkschaftsbund zuständig für die Lohnpolitik, meint: «Viele Arbeiter stimmten Ja zum Brexit, weil sie über das Lohndumping besorgt waren. Es ist aber eine traurige Tatsache, dass die britische Regierung der Grund für das Problem war und nicht die EU.» Die Regierung habe es versäumt, Gesetze gegen Tiefelöhne zu erlassen. Es dürfe aber in Europa keinen freien Personenverkehr ohne Schutz vor Sozial-

dumping geben. Im Mai 2018 rief der Gewerkschaftsbund TUC zu einer Grossdemo für bessere Löhne im Londoner Hyde Park auf. Tausende kamen. Kein Wunder: Zahlen des Institute for Fiscal Studies (IFS) besagen, dass die britischen Reallöhne heute noch immer tiefer liegen als vor der Finanzkrise im Jahr 2008. Ohne Gegenmassnahmen würden sie erst 2025 wieder das Niveau vor der Krise erreichen.

Gemäss Berechnungen des TUC sinken die britischen Realeinkommen seit nunmehr 17 Jahren in Folge: «Das ist der schlimmste Lohnabbau seit 200 Jahren», so der TUC. In diesem Zeitraum hätten Beschäftigte pro Kopf durchschnittlich rund 18 500 Pfund (CHF 24 175) an Einkommen eingebüsst. Wenn die britische Statistik nach 2014 eine leichte Erholung der Reallöhne ausweist, so geht dies auf das exorbitante Wachstum der Saläre in der Londoner Finanzcity zurück. Während Banker und Fondsmanager an der Themse finanziell davongaloppieren, stürzen auf dem Land immer mehr Personen in die Armut ab. Laut Hilfsorganisationen leben mittlerweile 4 Millionen Britinnen und Briten in Armut. Die Tory-Regierung hat seit 2015 das Sozialbudget eingefroren. Allein dies wird gemäss IFS weitere 400 000 Leute in die Armut drücken.

Im Einklang mit dem Sozialistenchef Jeremy Corbyn verlangt der TUC nun einen «New Deal» – eine Politik, die endlich wieder aufs Wohl der Arbeitnehmenden ausgerichtet ist und nicht bloss auf Steuerenkungen für die Reichen. Labour-Chef Corbyn war lange europaskeptisch. Jetzt aber setzt er sich für die Zollunion mit der EU ein. Was faktisch bedeutet, dass das Vereinigte Königreich trotz Brexit in Europa eingebettet bleibt.

**Biberli meint: «Euch fehlt etwas Entscheidendes!»**



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

### «ERSÄUFT DIE BANKER!»

Es war der Freitagnachmittag, 15. März 2019. In Dutzenden von Ländern auf der ganzen Welt demonstrierten Millionen Menschen für ein Erwachen ihrer Regierungen und für eine energische Politik zum Schutz des bedrohten

**Aufstehen und protestieren, ein Bewusstsein über die Erderwärmung schaffen – und auf ein Wunder warten.**

Klimas. In Genf zählte die «Tribune de Genève» beinahe 10 000 Demonstrantinnen und Demonstranten. Und das Wichtigste: Über 90 Prozent derjenigen, die

da mit Transparenten, Fahnen, Sprechchören, Trompeten und Trommeln durch die Innenstadt pilgerten, waren Schüler, Lehrlinge und Studentinnen.

Die Genfer Staatsrätin Anne Torracinta, Sozialistin und Erziehungsdirektorin, hatte einen vernünftigen Beschluss gefasst: Wer den Lehrerinnen und Lehrern einen Brief schrieb, war an diesem Tag von der Schule befreit.

**DIE SPONTANEITÄT DER JUNGEN.** Kein Umzug zum 1. Mai und – seit dem Vietnamkrieg – keine politische Manifestation hatte die Stadt so fröhlich, erfindungsreich und hoffnungsvoll zum Leben erweckt wie die Mobilisation vom 15. März. Ich stand am Strassenrand und war glücklich.

Die Spontaneität der Jungen produzierte wundersame Früchte. Der Betonbunker der Credit Suisse steht an der Place de Cornavin. Unter allen internationalen Grossbanken investiert die Credit Suisse am massivsten in die Produktion fossiler Energie. Vor dem Bunker stoppte der Umzug. Eine junge Gymnastin verlas per Megaphon die Losung: «Noyez les banquiers, pas la banque», «Ersäuft die Banker, aber nicht das Packeis». Tosender Applaus.

Der weltweite katastrophale CO<sub>2</sub>-Ausstoss betrug im letzten Jahr 45 Milliarden Tonnen. Daran der Schweizer Anteil: 50 Millionen Tonnen Innen- und 60 Millionen Tonnen Aussenproduktion (also diejenige CO<sub>2</sub>-Menge, die anfiel, um all unsere Importe herzustellen). Im Dezember 2015 haben in Paris 192 Staaten ein Klimaabkommen unterschrieben. Darin verpflichteten sie sich, ihren jeweiligen CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2030 um 50 Prozent zu verringern (Richtwert ist 1990). Das unbedingte Fernziel ist 2100. Bis zur Jahrhundertwende darf die Erderwärmung nur um 1,5 Grad ansteigen. Gelingt dies nicht, werden Millionen Quadratkilometer landwirtschaftlicher Nutzfläche verdorren, und die Ozeane steigen um drei bis sechs Meter. Millionen Menschen müssen dann vor Dürre oder Überschwemmungen flüchten. Grosse Küstenstädte gehen teilweise oder ganz unter. Von Tiefländern wie Bangladesch gar nicht zu reden.

**AUF DEM WEG IN DIE KATASTROPHE.** Glaubt man der Uno-Behörde, die das Abkommen von Paris überwacht, sind wir bis anhin auf dem besten Weg in die Katastrophe. Wenn weiter so gewirtschaftet wird wie 2018, dann steht bis zur Jahrhundertwende eine Klimaerwärmung von drei bis fünf Grad bevor.

Was tun? Genau das, was die Genfer Schülerinnen und Schüler und Millionen ihrer Kolleginnen und Kollegen auf der ganzen Welt am 15. März gemacht haben: aufstehen, protestieren, Bewusstsein schaffen ... und auf ein Wunder warten.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes in Deutsch erschienenes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin» (siehe Seite 11).

**Protest der Frauen:**  
Die Höhepunkte



**MARSCH AUF BERN:** Am 1. März 1969 versammelten sich 5000 Frauen auf dem Bundesplatz in Bern. Sie wollten endlich das Frauenstimmrecht. FOTO: KEYSTONE



**DAS PRIVATE IST POLITISCH:** Die Frauenbefreiungsbewegung (FLB) setzte sich für eine straffreie Abtreibung ein (5. Juli 1969 in Zürich). FOTO: KEYSTONE



**WENN FRAU WILL... Frauenstreik 1991 in Bern.** Vorne rechts work-Chefin Marie-Josée Kuhn, mit Trillerpfeife unterwegs. FOTO: LUKAS LEHMANN



**... STEHT ALLES STILL:** Eine zentrale Forderung von 1991 war die Umsetzung der Mutterschaftsversicherung (Demo in Zürich). FOTO: KEYSTONE



**PUSSY HATS: Strick-in im Bundeshaus (8. März 2017).** Die Kappen in Pink wurden zum internationalen Symbol gegen Frauenfeindlichkeit. FOTO: KEYSTONE



**Der Frauenstreik am 14. Juni**

Die Frauen haben genug: Am 14. Juni 2019 kommt der zweite Frauenstreik. Es geht um Lohnungleichheit und unbezahlte Hausarbeit. Um Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und um das Ende von Sexismus und Gewalt. Alle Hintergründe zu den Streikforderungen, den geplanten Aktionen und den Vorbereitungen in den verschiedenen Regionen gibt es auf: [www.workzeitung.ch/frauenstreik](http://www.workzeitung.ch/frauenstreik)



Geschichtsprofessorin Caroline Arni über Frauenbewegungen und Frauenstreiks

«In der Geschichte der Gleichheit ist nie etwas für immer errungen»

**Wann gehen Frauen aus Protest auf die Strasse? Und wann haben sie die Nase sogar derart voll, dass sie streiken wollen? Ein Gespräch über Wut, Solidarität und Macht mit der Historikerin Caroline Arni.**

PATRICIA D'INCAU UND MARIE-JOSÉE KUHN

**work:** Caroline Arni, wir erleben gerade frauenbewegte Zeiten. Auch in der Schweiz. Für den 14. Juni rufen hier die Frauen zum nationalen Frauenstreik auf. Die wievielte Frauenbewegung haben wir jetzt eigentlich? **Caroline Arni:** Es gibt die Vorstellung, dass die Frauenbewegung in Wellen kommt. Die erste Welle wird um 1900 angesiedelt. Die zweite Welle in den 1970er Jahren, als sogenannte «neue» Frauenbewegung. Die dritte Welle soll in den 1990er Jahren erfolgt sein. Und die vierte in den 2010er Jahren. Wir sehen: Es geht immer schneller mit den Wellen. Doch ich halte dieses Wellen-Narrativ nicht für sehr hilfreich.

**Warum nicht?**

Es verdeutlicht die einzelnen feministischen Momente zu sehr. Klar, es gibt Konjunkturen. Da passiert auf der Ebene der Mobilisierung und der Organisation viel, und das Ganze wird ausserdem von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen. Um 1900 zum Beispiel wurden viele Frauenorganisationen gegründet, auch übergreifende Verbände. Oder auch in den 1970er Jahren: Frauen sahen ihre Anliegen in der 68er Bewegung nicht aufgehoben, also organisierten sie sich autonom.

**Was ist denn mit den Themen, die den einzelnen Frauenbewegungen gemeinhin zugeordnet werden?**

Ja, das wird häufig gemacht: Als Kennzeichen der ersten Welle um 1900 gilt der Kampf für gleiche Rechte, besonders für die politischen Rechte, auch für Bildung. Der zweiten Welle in den 1970er Jahren gehört dann die «Politisierung des Privaten», die Sexualität, der Körper und so weiter. Aber da wird es mit den Wellen schon problematisch. Denn: Um scheinbar Privates ging es auch um 1900. Natürlich sind die Dinge nicht immer auf die gleiche Weise Thema. Aber genau das sehen wir nicht, wenn wir Wellen nach Themen unterscheiden. Ausserdem verdecken wir die historische Vielfalt. Um 1900 gab es nicht nur eine Stimmrechtsbewegung, sondern auch eine Arbeiterinnenbewegung. Und Ende der 1960er Jahre kämpften die einen für Selbstverwirklichung, andere aber um Existenzrechte, etwa in den USA die armen, meist schwarzen Sozialhilfeempfängerinnen, die sich als Bewegung organisierten.

Das zweite Problem am Wellen-Narrativ ist, dass der Eindruck erweckt wird, es sei zwischen den Wellen nichts. Ebbe, sozusagen. Das ist falsch. Schon vor 1900 gab es feministische Kämpfe. Oder nehmen wir die 1980er Jahre, sie wären nach der Wellen-Erzählung so eine Ebbe gewesen, doch damals wurden zum Beispiel viele Frauenhäuser für Opfer häuslicher Gewalt gegründet. Man hat Strukturen aufgebaut, Räume, Institutionen.

**Wenn es keine Wellen gibt, gibt es denn Auslöser? War nicht die Wahl von Sexist und Rassist Donald Trump der Auslöser für den heutigen Frauenprotest?**

Ich würde eher sagen, dass wir in einem Moment sind, in dem verschiedene Themen gleichzeitig auf den Tisch kommen. Schon lange vor dem Schock der Trump-Wahl etwa haben Feministinnen auf die Problematik der Sorgearbeit hingewiesen. Soziologinnen haben die «Care-Chain» analysiert, die Sorge-Kette: Eine Schweizerin oder ein Schweizer beschäftigt etwa eine Frau aus Osteuropa, um zu den pflegebedürftigen Eltern zu schauen. Und diese Frau aus Osteuropa hat vielleicht ein Kind, das sie dann selbst nicht mehr be-

treuen kann. Also muss sie diese Arbeit einer Frau aus einer noch ärmeren Region übertragen. Wenn nun zu solchen Analysen ein Ereignis «Trump» kommt, das den Alltagssexismus aufs Tapet bringt, ausserdem krasse Vorfälle von Gewalt an Frauen überall auf der Welt, weiter Statistiken zur Lohnungleichheit – dann stellt sich die Frage des Zusammenhangs: Könnte es sein, dass in all dem ein Muster der Abwertung von Frauen und dem, was Frauen tun, zum Ausdruck kommt? So eine Konstellation macht eine feministische Konjunktur aus. Dass diese Frage verschiedene Themen und Situationen miteinander verknüpft.

A propos «Trump» finde ich die Fixierung auf die USA problematisch. Es gibt auch Frauenbewegungen in anderen Teilen der Welt, die zum Teil unabhängig davon funktionieren, was dort oder in Europa gerade passiert. In Lateinamerika beispielsweise gibt es frauenpolitische Projekte, die hier wenig wahrgenommen werden, die aber wichtige Impulse geben könnten.

**Und in jeder Konjunktur gibt es auch unterschiedliche Frauenfraktionen: die Arbeiterinnen, die Studentinnen die bürgerlichen Frauen und viele mehr, die sich aber auf einen gemeinsamen Nenner einigen?**

Ja, 1968/1969 zum Beispiel war in der Schweiz der gemeinsame Nenner das Frauenstimmrecht. 1969, als es zum Marsch auf Bern kam, da hatten wir eine heterogene Konstellation von Frauen: Die progressiven Studentinnen, denen der Marsch auf Bern zu wenig radikal war. Die gemässigten Frauenrechtlerinnen, denen der Marsch auf Bern zu radikal war. Aber da war auch ein

**«Mit den neuen Formen von Gleichheit entstehen auch neue Formen von Ungleichheit.»**

Brennpunkt – das gemeinsame Anliegen Frauenstimmrecht. 1991, beim ersten Frauenstreik, war es die Forderung nach der Umsetzung des Gleichstellungsartikels, der seit zehn Jahren in der Verfassung stand. Wie auch die Mutterschaftsversicherung längst versprochen und nicht eingelöst war. Heute ist vielleicht Arbeit so ein Brennpunkt. Wir sehen: Okay, ja, die Frauen sind rechtlich besser gestellt. Frauen sind auch zu einem grösseren Ausmass erwerbstätig als vorher. Aber sie haben jedes Jahr 108 Milliarden Franken weniger Einkommen als die Männer. Warum? Lohnungleichheit und Lohnunterschiede nach Branchen sind das eine, das andere ist die unbezahlte Arbeit. Dieses Thema betrifft auf unterschiedliche Weise viele Frauen.

**Das klingt alles ziemlich abstrakt. Braucht es denn nicht auch Emotionen, Zorn und Vorbilder, damit sich Frauen bewegen?**

Sicher, zum Beispiel die Nichtwahl von Christiane Brunner etwa hat 1993 grosse Emotionen und eine Mobilisierung ausgelöst. Das ist auch, was viele Akteurinnen aus dieser Zeit sagen: die Empörung, die Wut, die Enttäuschung, die Erfahrung der Ohnmacht, ja, das war bei der Nichtwahl von Brunner zentral. Die Herabsetzung, die an Brunner öffentlich vollzogen wurde, war etwas, das viele Frauen selbst erlebt hatten. Sie merken: Das passiert nicht nur mir.

Das ist ein Moment der Politisierung, in dem klar wird: Nicht ich bin es, die etwas falsch macht. Sondern es sind die Verhältnisse, die falsch sind. Der Moment, in dem Frauen sich in Zusammenhang setzen zu anderen Frauen. Das ist übrigens auch der Sinn der Kategorie «Frau» als politische Kategorie. Es gibt zwar ganz verschiedene Weisen, als Frau in die Gesellschaft hineingestellt zu sein, aber: Sie haben etwas miteinander zu tun. Und das wird sichtbar, wenn sich Frauen aufeinander beziehen.

**So geschehen zum Beispiel in der #MeToo-Kampagne?**

Ja, #MeToo bringt das schon nur begrifflich auf den Punkt. Unterschiedlichste Frauen sagen: «Ich auch. Ich habe auch Übergriffe erfahren. Und ich sage es jetzt öffentlich.»



**PODIUM WORK UND DENKNETZ**

**Frauenstreik. Punkt. Schluss! Frauenstreik. Punkt. Schluss?**

**Wie kam es zum legendären Frauenstreik von 1991, und was hat er bewirkt?**

Podium mit Sandra Künzi (Slampoetin), Caroline Arni (Geschichtsprofessorin Uni Basel), Vanja Alleva (Präsidentin Unia), Anne Fritz (SGB Kampagnenverantwortliche Frauen\*streik), Franziska Stier (Mitinitiantin «Feministischer Streik Basel») und Dore Heim (Frauenstreik-Mitorganisatorin 1991). Moderation: Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin work. Organisiert von work und dem Denken Denknetz.

**Donnerstag, 25. April, 18 Uhr, Progr, Waisenhausplatz 30, Bern.**

**Sie recherchieren derzeit für ein Seminar, was genau am Frauenstreik von 1991 in Basel passiert ist. Was war passiert?**

Zum einen fallen mir die Aspekte auf, an die wir uns kaum mehr erinnern, wie zum Beispiel, dass die Krankenkassenprämien für die Frauen höher waren als für die Männer, wegen des Eventualfalls der Schwangerschaft. Zum andern: Wie zentral der Frauenstreik von 1991 war. Wie breit und vielfältig. Da waren die Kioskfrauen und die Krankenpflegerinnen, die Lehrerinnen und Studentinnen. Sie haben sich Aktionen ausgedacht, die mit ihrer spezifischen Situation zu tun hatten und die für sie umsetzbar waren. Dadurch konnten so viele Frauen am Frauenstreik teilnehmen.

Ein Beispiel: Die Kindergärtnerinnen in einem Kindergarten in Basel überlegten sich, dass sie nicht einfach streiken und den Kindergarten schliessen könnten. Sie sagten sich: Wenn wir zu machen, dann tun wir anderen Frauen – sprich: den Müttern dieser Kinder – keinen Gefallen. Dennoch wollten sie ein Zeichen setzen. Sie malten dann mit den Kindern Mütterbilder. Und luden die Mütter dazu ein, diese Portraits anschauen zu kommen. Anschliessend gingen sie

**CAROLINE ARNI:** «Bei meiner Forschung zum Frauenstreik von 1991 fallen mir Aspekte auf, an die wir uns kaum mehr erinnern. Etwa, dass die Krankenkassenprämien für die Frauen höher waren als für die Männer, wegen des Eventualfalls der Schwangerschaft.» FOTO: STEFAN BOHRER

alle gemeinsam an eine Kundgebung. Das finde ich eindrücklich. Die Breite dieses Frauenstreiks, die Vielfalt von Frauen, die mitgemacht haben, das war schon grossartig.

**Waren Sie damals auch dabei?**

Ja, ich war im zweiten Semester an der Uni in Bern. Ich war schon feministisch politisiert, aber der Frauenstreik war das erste grosse politische Ereignis, das ich miterlebte. Es war extrem berührend und bewegend zu sehen: Wir sind viele. Wir sind unverzichtbar für die Gesellschaft. Und: Wir haben auch eine gewisse Macht.

**Was bewegte Sie 1991 besonders?**

Wir Studentinnen wollten mehr Frauen als Professorinnen. Und wir wehrten uns gegen sexuelle Belästigung. Das war ein grosses Thema. Wir arbeiteten dann auch die Klettere aus, wie man an der Universität mit sexueller Belästigung umgehen soll. Die gab es vorher nicht. Und wir protestierten gegen die Männlichkeit des Wissenschaftskanons, also dass fast nur Werke von Männern gelehrt wurden. Ich habe dazu später auch wissenschaftlich gearbeitet: Wie es dazu gekommen ist, das beispielsweise Frauen, die im 19. Jahrhundert Gesellschaftstheorien entwickelt haben, nicht in der Geschichte der Soziologie vorkommen.

**Heute sehen wir vielerorts wieder Rückschritte: In mehreren Ländern, in denen neu die autoritäre, harte Rechte regiert, soll etwa das Abtreibungsgesetz wieder verschärft werden. Erleben wir einen Backlash?**

Als Historikerin denke ich nicht gerne in den Kategorien von Fortschritt und Rückschritt. Ich denke, dass sich die Verhältnisse vielmehr neu zusammensetzen. Ein Beispiel: In den letzten Jahrzehnten hat die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen. Man kann dies als Fortschritt bezeichnen, weil ihnen historisch Erwerbsarbeit erschwert worden ist.

**«Der Frauenstreik von 1991 war extrem berührend und bewegend.»**

Wenn wir aber anschauen, was in derselben Zeit mit der unbezahlten Arbeit passiert ist, sehen wir, dass viel davon unter Frauen neu verteilt worden ist. Frauen wie ich haben den Gleichstellungsraum von früher realisiert – aber vor allem andere Frauen übernehmen nun die Sorgearbeit, als Putzfrauen, als Grossmütter, in Kitas und Horten. Das Problem ist nicht, dass Frauen dies tun. Sondern, dass diese Arbeit nicht als bedeutsam angesehen ist, dass sie nicht die Wertschätzung erfährt, die ihr zukommt. Ist diese Konstellation nun ein Fortschritt oder ein

Rückschritt für «die Frauen»? Kommt ganz drauf an, für wen. Deshalb eignet sich das Denken in Fort- und Rückschritten schlecht, um historische Prozesse zu analysieren. Klar, im politischen Diskurs sind sie zentral, denn man hat Forderungen – und will, dass diese erfüllt werden. Daran lassen sich dann die Fortschritte messen. Aber als Historikerin spreche ich lieber von veränderten Konstellationen. Geschichte ist nicht linear.

**Sondern? Es gibt in der Geschichte eine Kontinuität von Gleichheit und Ungleichheit, die sich immer neu anordnen.**

Wenn wir also anstatt von Fortschritten von Errungenschaften für die Frauen. Das Recht auf Abtreibung ist so eine Errungenschaft. Und jetzt wird dieses Recht wieder angegriffen. Da muss man doch von einem klaren Rückschritt sprechen, oder nicht? Klar gibt es feministische Errungenschaften. Und klar, die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper ist eine solche. Unbestritten! Und auch klar, mir begegnen in letzter Zeit wieder vermehrt Tagungen, an denen nur Männer referieren. Und dies auch in meinem Fach, in dem es sehr viele Frauen gibt. Dann denke auch ich, das ist ein Zurückfallen. Offenbar kann man das

heute wieder tun. Aber dieses Denken reicht nicht aus, um Geschichte zu verstehen.

**Könnte es auch einfach sein, dass Sie eine Kulturpessimistin sind? Und deshalb nicht von kontinuierlichen Fortschritten in der Geschichte der Emanzipation sprechen mögen?**

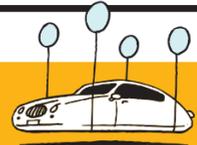
Nein. Als politischer Mensch bin ich sogar eher optimistisch veranlagt. Als Historikerin aber interessiert mich, wie Geschichte sich vollzieht. Die Geschichte der Gleichheit ist kein kumulativer Prozess, bei dem es auf einem grundsätzlich nach vorne gerichteten Strahl vorwärts- oder rückwärtsgeht. Mit neuen Formen von Gleichheit stellen sich auch neue Formen von Ungleichheit ein. Es ist wichtig, das zu sehen, weil wir dann auch erkennen, dass immer emanzipatorische Kämpfe nötig gewesen sind und dass sie weiterhin nötig sind. Und dass solche Kämpfe zu unterschiedlichen Zeitpunkten an unterschiedlichen Punkten ansetzen müssen. Gleichheit ist kein Selbstläufer. In der Geschichte der Gleichheit ist nie etwas für immer errungen. Und schliesslich gibt es in der Geschichte Dialektik, Ambivalenzen, Widersprüche. Beispielsweise das Paradox, dass mit formaler Gleichstellung Herabsetzung im Alltagshandeln einhergehen kann. Weil Ungleichheit dann auf eine andere Weise hergestellt wird.

**CAROLINE ARNI FRAUEN-GESCHICHTE**

Caroline Arni ist Professorin am Departement Geschichte an der Universität Basel. Sie wurde 1970 in Solothurn geboren. An der Universität Bern studierte sie Schweizer Geschichte, Neuere Geschichte und Soziologie.

**FORSCHERIN.** Sie machte mehrere Forschungsaufenthalte im Ausland (Paris, Essen, Princeton). Caroline Arni befasst sich unter anderem mit der Geschichte des Feminismus.

**Am 26. April wird sie am work-Streik-Podium «Lohnungleichheit. Punkt. Schluss! Lohnungleichheit. Punkt. Schluss?» in Bern teilnehmen.** (siehe Kasten links)



# Saubere Sache: Ab 2022 EU-Autopolizisten in jedem Neuwagen

**Umweltpolitisch und bei der Sicherheit im Verkehr hat die EU die Schweiz ein- und überholt. Und der Abstand wächst weiter.**

Lange Zeit war die EU für alle Freunde der Umwelt ein kleiner Horror. Und die Schweiz eine Insel der Seligen. Die Schweiz stagniert seit 1992 in Sachen Umweltschutz, während die EU-Länder immerhin Schritte in die halbwegs sinnvolle Richtung unternehmen. Werfen wir einen Blick ins nahe Ausland.

**TYPISCH EU 1:** Volkswagen – ausgerechnet der Konzern der Diesel-Betrüger – setzt voll auf die Elektromobilität. Innerhalb des Konzerns hat sich die Elektrofraktion durchgesetzt. Zumindest vorläufig. Die Batteriezulieferer von Panasonic müssen sich verpflichten, alle graue Energie, die in den Batterien steckt, mit neuen, erneuerbaren Energien zu produzieren. Das verteuert das Produkt vorläufig noch um 250 bis 500 Franken, macht es aber umweltfreundlicher.

**TYPISCH EU 2:** Ab 2022 werden alle Autos, deren Fahrerinnen und Fahrer zu schnell unterwegs sind, nach einer Vorwarnung automatisch abgebremst. Das wird bei all denen, die noch freie Fahrt für freie Bürger fordern, für viel Aufregung sorgen. Wie einst die Gurtenpflicht. Mit grossem Kollateralschaden: Alle, die ab 2022 einen neuen Untersatz gepostet haben, werden von der Polizei verlangen, dass die Raserinnen und Raser mit ihren alten Kisten subito aus dem Verkehr gezogen werden. Denn sie wollen absehbar nicht von jenen links und neu auch rechts überholt werden, die sich keine neuen Autos leisten wollen oder können.

**TYPISCH EU 3:** Wer sich angeheitert oder betrunken in sein Auto setzt, kann neu nicht mehr wegfahren, weil er zuerst blasen muss. Das Auto wird zum unbestechlichen EU-Autopolizisten im doppelten Wortsinn.



**UNTER STROM:** Volkswagen setzt jetzt voll auf Elektromobilität. Innerhalb des Konzerns hat sich die Elektrofraktion durchgesetzt. FOTO: DANIEL DOWNEY

**TYPISCH EU 4:** Müdigkeit am Steuer führt zum oft tödlichen Sekundenschlaf. Genau wie das Herumhantieren mit dem Handy. Ab 2022 werden Sensoren messen, wie gut wir jeweils hinter dem Steuer drauf sind. Und die Fahrt stoppen, wenn uns der Schlaf oder das Handy zu übermännern droht.

**TYPISCH EU 5:** Wenn Lastwagen abbiegen, kommen Velofahrerinnen und Velofahrer zu oft unter die Räder. Neu werden Abbiegeassistenten und Sensorsysteme die Zahl dieser Unfälle massiv reduzieren. Velofahren wird sicherer werden.

Das alles wird für viel Aufregung sorgen. Und kurz darauf wird dies alles so selbstverständlich sein wie die Gurtenpflicht und die Katalysatoren für Benzin- und neu auch für Dieselautos. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier und der politisch richtig gesteuerte Umgang mit dem technischen Fortschritt unser lebensrettender Dompteur.

Die für 2022 beschlossenen Massnahmen sind ein Zwischenschritt hin zu sich selbst steuernden Elektroautofloten, deren Potential leider noch unterschätzt wird.

## LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/aufgeregte](https://rebrand.ly/aufgeregte) Die deutsche «Welt» ist gar nicht amused. Der Titel ihres Artikels: «EU brems ab 2022 alle Neuwagen aus.»

● [rebrand.ly/positivo](https://rebrand.ly/positivo) Als Trost für alle Primitivos bringen die Walliser Winzer von der Kellerei Leukersonne einen «Positivo» auf den Markt. Man wird ihn auswärts erst trinken können, wenn das autonome Fahren Wirklichkeit wird.

● [rebrand.ly/neukom](https://rebrand.ly/neukom) Es lohnt sich, die Website des neugewählten Zürcher Regierungsrats Martin Neukom anzuschauen. Er tickt sozial nicht ganz falsch: «Ich stehe für einen offenen Kanton, eine offene Schweiz und zur Personenfreizügigkeit. Damit diese aber nicht zu Lohndumping führt, braucht es flankierende Massnahmen wie Lohnkontrollen.» Und auch ökologisch liegt er fast richtig: «Der verbleibende Autoverkehr wird 100 Prozent elektrifiziert. Die Energie ist entweder in Batterien oder als Wasserstoff gespeichert – beides mit Vor- und Nachteilen. Werden Batterien mit erneuerbarer Energie produziert, wird auch die Ökobilanz von Elektrofahrzeugen ausreichend gut. Aktuell reicht der Zubau an Erneuerbaren (hauptsächlich Solar) nicht aus, um die Atomkraft zu ersetzen und den Zusatzbedarf der Elektromobilität abzudecken. Darum muss der Zubau an Solarenergie beschleunigt werden.» Was Neukom offenbar noch nicht begriffen hat, ist das Potential von sich selbst steuernden Fahrzeugflotten, mit denen man die Zahl der Autos von 4 Millionen auf weniger als 1 Million senken könnte. Genau wie die Zahl der Parkplätze von 10 Millionen auf weniger als 2 Millionen. Hier kann und muss der Kanton «Zureich» handeln.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT

# Frauenstreik. Punkt. Schluss!

# Frauenstreik. Punkt. Schluss?

Eine Diskussions-Veranstaltung im Vorfeld des 14. Juni 2019, organisiert von der Gewerkschaftszeitung work und dem Denknetz

## Frauenstreik 1991–2019

Wie kam es zum Frauenstreik 1991, und was hat er bewirkt?  
Vom Women's March zu #MeToo: Was bringt die neue Frauenbewegung?  
Und wohin steuert der Frauenstreik 2019?

25. April 2019, 18 Uhr •  
Progr, Waisenhausplatz 30, Bern

Sandra Künzi Slam-Poetin und work-Frauenstreik-Kolumnistin •  
Caroline Arni Geschichtspräsidentin Uni Basel • Vania Alleva Präsidentin Unia •  
Anne Fritz SGB-Kampagnenverantwortliche Frauen\*streik •  
Franziska Stier Mitinitiantin des «Feministischen Streiks Basel» •  
Dore Heim Frauenstreik-Mitorganisatorin 1991  
Moderation: Marie-Josée Kuhn Chefredaktorin work

14.06.2019

Wir freuen uns auf Dein/Ihr/Euer Kommen! Eintritt frei.

**Denknetz**  
réseau de réflexion  
pensieri in rete  
think network

**UNIA**  
DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

**work**

Jean Ziegler hofft in seinem neuen Buch, dass die Generation seiner Enkelin das Ende des Kapitalismus erleben werde

# Ziegler erklärt Zohra die Welt

**Prägnant und keineswegs altersmilde beantwortet Jean Ziegler unbarmherzige Fragen zum Kapitalismus, die er seiner Enkelin Zohra zuschreibt. Sie fragt radikal, er antwortet radikal.**

MICHAEL STÖTZEL

Ein bisschen irritierend ist schon, dass in der deutschen Ausgabe des neuen Buchs von Jean Ziegler der Titel verkürzt ist. «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin», heisst es. Es fehlt ein letzter, vielsagender Zusatz des französischen Originals: «In der Erwartung, dass sie sein Ende erleben wird».

Das ist der eigentliche Kern von Zieglers Unterhaltung mit Zohra dem jüngsten seiner fünf Enkelkinder. Ihre Fragen dürften teilweise fiktiv sein, so etwas wie Eselsbrücken, die es dem Autor erlauben, seine Erlebnisse und Gedanken aufzurollen. Wer einige von Zieglers zuletzt in fast jährlichem Rhythmus erschienenen Bücher oder seine work-Kolumnen gelesen hat, wird dabei Beispiele, Zahlen und Forderungen wiedererkennen. Und ihren Nenner: Der Kapitalismus ist die schöpferischste und produktivste Wirtschaftsweise der Geschichte, aber auch die zerstörerischste. Und: Wenn die junge Generation sie nicht abschafft, werden spätestens ihre Kinder in eine Katastrophe bisher unbekanntes Ausmasses geraten. Das wissen diejenigen, die jeden Freitag für eine andere Klimapolitik demonstrieren. Und diejenigen, die ihnen zuhören, könnten es auch begreifen – wenn sie nicht völlig verbohrt seien, meint Ziegler.

## DAS GRAS WÄCHST

Zohras Fragen und Kommentare passen in ihrer Radikalität ganz genau zu den Freitagsdemonstrantinnen und -demonstranten. Zu ihrer hartnäckigen Weigerung, die Realität als unveränderbar hinzunehmen. Das Buch erschien bereits 2018 in Frankreich. Es entstand also, bevor die junge Schwedin Greta Thunberg zum internationalen Star wurde und die weltweite Bewegung auslöste. Auf Zohras Frage, «wie... es den Schwächsten gelingen (kann), den Stärksten die Arme zu brechen», antwortet Ziegler mit einer Bemerkung von Karl Marx: «Der Revolutionär muss imstande sein, das Gras wachsen zu hören.» Und er folgert: «Ich garantiere dir, gegenwärtig wächst das Gras.» Ausgiebig behandelt der Autor die Entstehung des Kapitalis-



**JEAN ZIEGLER: «Karl Marx sagte, ein Revolutionär müsse imstande sein, das Gras wachsen zu hören. Ich garantiere dir, gegenwärtig wächst das Gras.»**

FOTO: KEYSTONE / APA

mus. Diese Geschichte beginnt im 12. und 13. Jahrhundert. Damals wandelte sich die Vorstellung eines Vermögens von der Kopfzahl des Viehbestands hin zur Geldmenge, welche die Leute gewinnbringend anlegen konnten. In jahrhundertelangen Auseinandersetzungen und zerstörerischen Kriegen setzte sich der Kapitalismus etwa Mitte des

## «Die junge Generation muss den Kapitalismus abschaffen.»

19. Jahrhunderts «nicht nur als wirtschaftliche Produktionsweise, sondern auch als gesellschaftliche Organisationsform» durch. Dabei gab es nie den grossen gesellschaftlichen Plan, nach dem die Akteure der Geschichte ihre Realität umstürzten. Ziegler fand dafür ein einleuchtendes Bild zum 14. Juli 1789, an dem mit dem Sturm auf die Bastille die Französische Revolution begann: «Hätte am Abend des 14. Juli ein Journalist am Seine-Ufer einen der Aufständischen beiseite genommen und ihn gefragt: «Hören Sie, Citoyen, Sie haben die Bastille gestürmt, erklären Sie mir jetzt, wie es weitergehen soll, hätte der arme Mann sicherlich keine klare und schlüssige Antwort parat gehabt.» – Wer denkt da nicht an die lächerlichen

Bemerkungen von Politikern und Journalisten, die den jugendlichen Demonstrantinnen und Demonstranten vorwerfen, nicht zu verstehen, worum es gehe, und besser Freitags in den Schulen zu bleiben.

## MORD

Dabei ist es im Grunde einfach: Der Kapitalismus selbst hat die Voraussetzung und den Grund zu seiner Überwindung geschaffen. Dies ist Zieglers Mantra seit seinen Zeiten als Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung: «Seit Beginn dieses Jahrtausends kommt die Menschheit zum ersten Mal in den Genuss eines Güterüberflusses.» Die Erde könnte problemlos 12 Millionen Menschen ernähren, trotzdem verhungern Unzählige. In Zieglers Worten: «Sie werden ermordet, weil es kein gerechtes Verteilungssystem gibt.»

**Jean Ziegler: Was ist so schlimm am Kapitalismus?** Antworten auf die Fragen meiner Enkelin. Verlag Bertelsmann, München, 2019, 128 Seiten, 24,90 Franken



## workxl der wirtschaft

David Gallusser



## TIEFE ZINSEN: SCHULDEN HEUTE, ERTRÄGE MORGEN

Für die öffentliche Hand war es kaum je günstiger, Geld aufzunehmen, als heute. Das zeigt ein Blick auf die Zinsentwicklung von Schweizer Staatsanleihen. Bund, Kantone und grössere Städte leihen sich in der Regel Geld, indem sie Anleihen an Anleger wie Pensionskassen, Banken oder auch an Privatpersonen verkaufen. Im Gegenzug verpflichten sie sich, nach einer bestimmten Zeit das Geld mit Zinsen zurückzuzahlen. Wie die Grafik zeigt, ist die Rendite auf 10-jährigen Bundesanleihen – sinnigerweise «Eidgenossen» genannt – seit den 1990er Jahren und vor allem nach der Finanzkrise 2008 gesunken. Zuletzt ist sie mit -0,3 Prozent sogar negativ.

**RENDITE MIT SCHULDEN.** Eine Anlegerin, die heute einen «Eidgenossen» für über 1000 Franken erwirbt, bezahlt also jährlich 3 Franken effektiven Zins, bevor sie ihr Geld nach 10 Jahren wieder sieht. Umgekehrt heisst das: Der Bund verdient Geld, wenn er sich ver-

schuldet. Auch bei «normalen» Zinsen im positiven Bereich kann die öffentliche Hand mit Schulden gute Erträge erzielen. Zu diesem Schluss kommt eine neue Untersuchung der Uni Lausanne. Sie zeigt, dass die Zinsen, die Kantone zahlen müssen, weit unter den üblichen Renditen der Finanzmärkte liegen und zusätzliche Schulden diese Zinsen kaum erhöhen. Kantone könnten sich deshalb verschulden, um Geld auf den Finanzmärkten anzulegen. Sie würden damit mehr Kapitalerträge erzielen als Schuldzinsen zahlen. Wenn die Kantone das geliehene Geld wie Pensionskassen anlegen würden, könnten sie ihre Einnahmen unter dem Strich im Durchschnitt um 5 Prozent steigern. Selbstverständlich sind Kantone keine Anlagefonds, die möglichst hohe Renditen erwirtschaften müssen. Die Studie, aber auch die rekordtiefen Zinsen machen deutlich, dass sich Schulden für die öffentliche Hand allein schon finanziell rechnen können.

## Bund muss immer weniger Zinsen zahlen

Rendite (= effektive Zinssätze) auf 10-jährigen Anleihen des Bundes. Unterschiedliche Nominalzinsen und Restlaufzeiten sind berücksichtigt.



Wenn mit den Schulden zudem in eine nachhaltige Zukunft investiert wird, dann zahlen sie sich auch gesellschaftlich aus. Investitionsbedarf gibt es genug. Zum Beispiel braucht es dringend Investitionen, um Wirtschaft und Verkehr CO<sub>2</sub>-neutral umzubauen

und die Klimaerwärmung abzuschwächen. Oder Städte könnten ihren Boden aufkaufen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – und zugleich ihre Erträge zu steigern.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

## Künstlerin Miriam Cahn Ich als Mensch

Wer das Kunstmuseum Bern nach dieser Ausstellung verlässt, ist ein anderer Mensch. Denn Miriam Cahns Arbeiten bringt man nicht so schnell wieder aus dem Kopf. Was sie malt und zeichnet, geht



**Miriam Cahn: o.T., 2017, Aquarell auf Papier.**

FOTO: STEFAN JESKE, © MIRIAM CAHN

unter die Haut. Krieg, Flucht und subtile Gewalt zwischen den Geschlechtern sind ihre Themen. Cahns Kunst mischt sich ein und stellt Grundfragen nach dem, was ein Mensch heute ist. Oder eben nicht mehr ist, weil Humanität und Menschenwürde überall bedroht und in Gefahr sind. In wandfüllenden Kohlezeichnungen konfrontiert sie uns mit einer unheimlich gewordenen Gegenwart. Grosse Kunst einer unerschrockenen Feministin.

**Miriam Cahn: Ich als Mensch.** Kunstmuseum Bern. Bis 16. Juni 2019.

## Filmer A. J. Seiler Gedenken an einen ganz Grossen

Im letzten November ist der Schweizer Filmer Alexander J. Seiler gestorben. Einst berühmt geworden mit seinem Werk «Siamo italiani» (1964), hat er unter vielem anderem auch einen Portraitfilm über den Schriftsteller Ludwig Hohl gedreht. Seiler war mit Hohl befreundet, und so entstand 1979 ein Streifen mit einfachen Mitteln in Hohls Wohnung in Genf. Seilers Film ist am 14. April im Zürcher Kulturzentrum Kosmos an einer Gedenkveranstaltung zu sehen. Freunde und Angehörige erinnern sich und würdigen Seiler als bedeutenden und kritischen Zeitgenossen und Kulturschaffenden. Unter anderem spricht Frédéric Maire, Direktor der Cinéma-thèque suisse.

**«Ludwig Hohl – ein Film in Fragmenten» von Alexander J. Seiler.** Sonntag, 14. April, 11 Uhr, Kulturzentrum Kosmos Zürich (beim HB).

## Glencore im Kongo Alles ok in Kolwezi?

Der Schweizer Minenkonzern Glencore stellt sich in Afrika als Motor des Fortschritts dar. Die Realität sieht aber anders aus. Wie, das zeigt eine bildstarke Webreportage der Hilfswerke Brot für alle und Fastenopfer. Zu wenig Wasser, zu viel Staub, Mini-Löhne, verschmutzte Umwelt, Ernteschäden, anhaltende Armut der lokalen Bevölkerung: Das sind die Folgen der Rohstoffplünderung in der Demokratischen Republik Kongo. Aber die Menschen wehren sich, teils mit Erfolg. Dank Leuten wie Schwester Nathalie. Sie sagt in der Reportage: «Ich kann das Elend nur schwer ertragen.» Nathalie hofft, dass in der Schweiz die Konzernverantwortungsinitiative angenommen werde. Damit sie im Kongo endlich ein besseres Leben hätten.

**Im Schatten des Kobaltbooms, rebrand.ly/kobalt**



Mirjam Brunner vom Service Arbeitszeit beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

### Stress im Büro: Soll ich am Sonntag arbeiten?

Ich arbeite in einem Grossraumbüro. Momentan gibt es so viel zu tun, dass wir die Arbeit unmöglich innerhalb der normalen Arbeitszeit erledigen können. Auch klingelt ständig das Telefon, und es ist schwierig, sich zu konzentrieren. Der Chef und immer mehr Kolleginnen und Kollegen gehen am Sonntag ins Büro, um in aller Ruhe zu arbeiten. Bisher hat mich niemand direkt aufgefordert, das auch zu tun. Ich fühle aber einen zunehmenden Druck. Es macht sich schlecht, wenn ich zu Hause bleibe, während die anderen arbeiten. Soll ich nun auch am Sonntag arbeiten gehen?

MIRJAM BRUNNER: Nein. Sonntagsarbeit ist grundsätzlich verboten. Für Ausnahmen braucht es eine Bewilligung. Wenn Ihr Betrieb keine Bewilligung eingeholt hat, verstösst er mit der Sonntagsarbeit gegen das Arbeitsgesetz. Es ist Aufgabe des Betriebes, die Arbeit so zu organisieren, dass Sie zu den normalen Arbeitszeiten unter guten Bedingungen arbeiten können. In Ihrem Fall wäre eine Möglichkeit, «telefonfreie» Zeiten einzuplanen, an denen die eingehenden Anrufe umgeleitet werden. Wenn nur vorübergehend viel Arbeit anfällt, kann der Chef unter der Woche Überstunden anordnen, soweit die Überstunden zumutbar sind. Sonntagsarbeit hingegen darf nicht einfach so wegen hohen Arbeitsanfalls geleistet werden.

### Homeoffice: Muss ich immer erreichbar sein?

Einen Tag pro Woche arbeite ich im Homeoffice. Dies kommt mir entgegen, da ich einen langen Arbeitsweg habe. Neuerdings verlangt meine Chefin aber, dass ich an meinem Homeoffice-Tag auch abends erreichbar bin und gegen 21 Uhr nochmals meine Mails checke. Ich sei ja schliesslich tagsüber flexibel und könne zwischendurch auch private Angelegenheiten erledigen, weshalb die Erreichbarkeit am Abend eine faire Gegenleistung sei. Ich möchte jedoch Feierabend machen, wenn ich die vereinbarte Zeit gearbeitet habe, auch im Homeoffice. Wenn ich nicht weiss, ob beim Abendessen nochmals ein Anruf kommt oder ich noch Mails beantworten muss, kann ich nicht abschalten. Muss ich im Homeoffice wirklich bis spät abends erreichbar sein?

MIRJAM BRUNNER: Nein. Sie haben auch im Homeoffice ein Recht auf Feierabend. Im Homeoffice gelten nämlich grundsätzlich dieselben Regeln wie im Büro. Wenn Sie normalerweise nach üblichen Bürozeiten arbeiten, dann ist dies auch im Homeoffice so. Ohne besonderen Grund kann Ihre Chefin von Ihnen nicht verlangen, dass Sie über die Bürozeiten hinaus erreichbar sind. Im Homeoffice ist eine zeitliche Trennung von Arbeit und



ÜBERMÜDET: Im Homeoffice ist eine zeitliche Trennung von Arbeit und Freizeit besonders wichtig. FOTO: SHUTTERSTOCK

Freizeit besonders wichtig. Wenn die Arbeit bis spät in den Abend ausufert, besteht die Gefahr, nicht abschalten zu können. Dies kann zu Schlafstörungen führen. Deshalb ist es auch aus gesundheitlichen Gründen sinnvoll, wenn Sie sich gegen die ständige Erreichbarkeit wehren.

# Teilzeitarbeit schmälert die Rente so oder so – was tun, um den Schaden Mit Umsicht gegen Lücken

Wer Teilzeit arbeitet, bezahlt dafür mit einer tieferen Rente im Alter. So machen Sie das Beste draus.

MARTIN JAKOB

Ein Drittel aller Berufstätigen in der Schweiz arbeiten Teilzeit. Bei den Frauen sind es sogar 60 Prozent. Wer Teilzeit arbeitet, hat aber nicht nur weniger Lohn, sondern auch weniger Rente. Sogar massiv weniger Rente, wenn es schlecht läuft. Es lohnt sich darum, dem Thema Vorsorge schon früh Beachtung zu schenken.

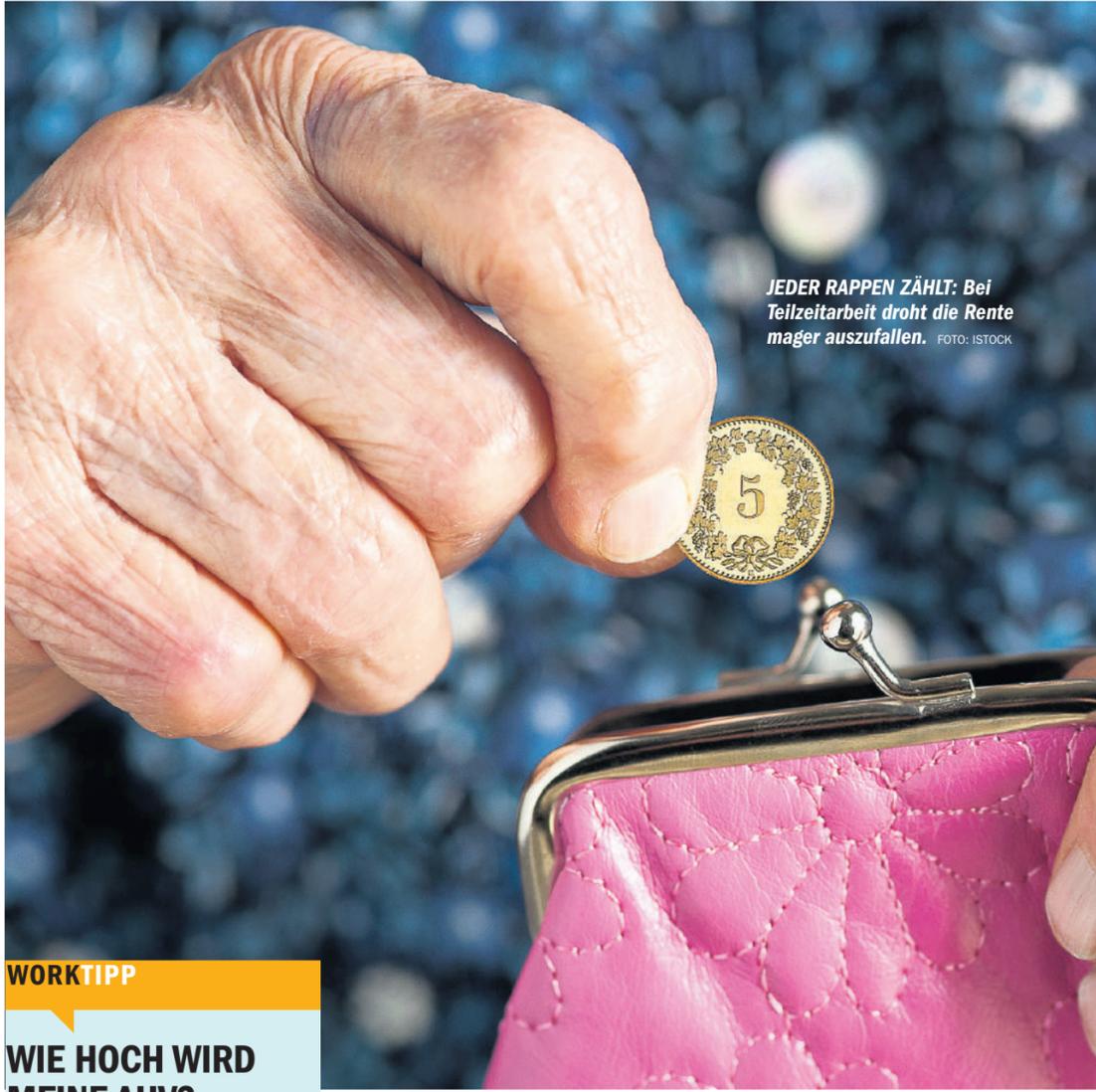
#### DIE AHV ALS BASIS

Die AHV als erste Säule der Altersvorsorge ist vergleichsweise einfach durchschaubar. Jeder Franken Lohn ist obligatorisch versichert, und die monatliche Rente liegt, abhängig vom Einkommen, zwischen minimal 1185 Franken und 2370 Franken für Einzelpersonen (Stand 2019). Bei Ehepaaren erhöht sie sich auf maximal 3555 Franken (150 Prozent der Einzelrente). Ein paar Dinge gilt es auf jeden Fall im Auge zu behalten:

● **Kinder und Pflegefälle:** Wenn Sie Teilzeit arbeiten und daneben Kinder aufziehen oder sich um pflegebedürftige Verwandte kümmern, haben Sie das Recht auf Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, die später Ihre Rente aufbessern. Diese Gutschriften müssen Sie bei der kantonalen Ausgleichskasse jeweils jährlich geltend machen.

● **Während der Ehe:** Bezahlte der Ehepartner oder die Ehepartnerin pro Jahr mindestens 964 Franken AHV, gilt auch die Beitragspflicht des nicht berufstätigen Partners als erfüllt.

● **Beitragslücken:** Für jedes Jahr, in dem Sie auf Ihr AHV-Konto nicht mindestens 482 Franken einzahlen, wird Ihre Rente um 2,27 Prozent gekürzt. Zu solchen Lücken kann es kommen, wenn Sie zum Beispiel über das 20. Altersjahr hinaus ohne Nebenjob studieren, wenn Sie lange im Ausland leben oder wenn Ihre Firma der AHV die Beiträge schuldig bleibt. Verlangen Sie deshalb bei der Ausgleichskasse einen Kontoauszug.



JEDER RAPPEN ZÄHLT: Bei Teilzeitarbeit droht die Rente mager auszufallen. FOTO: ISTOCK

#### WORKTIPP

### WIE HOCH WIRD MEINE AHV?

Wie hoch Ihre AHV-Altersrente ungefähr ausfallen wird, können Sie «über den Daumen gepeilt» der Rentenskala entnehmen (**rebrand.ly/rente**). Eine genauere Berechnung ermöglicht die Online-Rentenschätzung auf der Website der AHV (**rebrand.ly/rentenrechner**).

Dieser ist alle fünf Jahre kostenlos, und fünf Jahre lang können Sie auch Beitragslücken durch eine Nachzahlung schliessen. Falls die Lücke durch das Versäumnis eines Arbeitgebers entstanden ist, schreibt Ihnen die AHV die nicht-bezahlten Beiträge gut. Sie müssen aber beweisen können, dass Ih-

nen die Beiträge seinerzeit vom Lohn abgezogen wurden (Lohnausweise behalten!).

#### TÜCKE DER ZWEITEN SÄULE

Die berufliche Vorsorge ist zwar im Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) geregelt, das den Pensionskassen einen Leistungskatalog vorschreibt. Das BVG lässt aber den einzelnen Kassen Spielraum in der Gestaltung der Reglemente. Das bedeutet viele Unterschiede von Kasse zu Kasse sowie minimale Transparenz. Was aber auf jeden Fall gilt: Wer Teilzeit arbeitet und bei einer Firma angestellt ist, deren Pensionskasse nur die Mindestanforderungen des Gesetzes

erfüllt, fährt mit der zweiten Säule schlecht.

Grund dafür ist der Koordinationsabzug. Dieser Abzug von derzeit 24 885 Franken wird vom Jahreslohn abgezogen, erst daraus ergibt sich der im BVG versicherte Lohn. Wer, wie in unserem Beispiel, 30 000 Franken brutto verdient, bezahlt also nur für einen «koordinierten» Lohn von 5115 Franken Pensionskassenbeiträge (siehe Grafik «Grosse Einbusse»). Entsprechend langsam wächst das Kapital, aus dem später die Rente bezahlt wird.

Bedeutend besser fährt man mit einer Kasse, die den Koordinationsabzug entsprechend dem



ICH BIN DANN MAL WEG: Ihr Recht, über die Mietsache zu verfügen, schliesst das Recht zur Untervermietung ein – zum Beispiel während eines Auslandsjahrs. FOTO: ISTOCK

## Die Wohnung untervermieten: Was Wenn andere sich

Wie Sie Ihre Wohnung ganz oder teilweise untervermieten. Und wann die Einrichtung einer Wohngemeinschaft die bessere Wahl ist.

MARTIN JAKOB

Endlich hat's geklappt. Sie können für Ihre Firma ein Jahr lang nach Südamerika. Eine tolle Gelegenheit, den Horizont zu erweitern. Schade nur um die schnuckelige Zweizimmerwohnung: Die möchten Sie nach Ihrer Rückkehr gern wieder beziehen. Warum also nicht untervermieten – so sparen Sie sich auch die Umtriebe und Kosten einer Züglete! So geht's: ● Informieren Sie Ihre Vermieterin. Sie darf die Untermiete nur verbieten, falls Sie eine zu hohe Miete verlangen – das

heisst eine Miete, mit der Sie Gewinn erzielen würden – oder wenn es zu Überbelegung oder zu Umnutzung käme, zum Beispiel für gewerbliche Zwecke. Und geben Sie der Vermieterin Name und Telefonnummer des Untermieters, den Sie ausgewählt haben.

● Setzen Sie den Mietvertrag auf (Muster: **rebrand.ly/untermiete**). Zum Mietpreis, den Sie selber weiterhin bezahlen, dürfen Sie einen Möblierungszuschlag von maximal 20 Prozent addieren. Für die Nebenkosten verlangen Sie die gleiche Akontozahlung, wie Sie selbst bezahlen müssen, und rechnen mit dem Untermieter nach Vorliegen der Nebenkostenabrechnung ab. Sie dürfen auch eine Kautions von maximal drei Bruttomieten verlangen.

zu begrenzen?

# und Tücken

## Grosse Einbusse bei beruflicher Vorsorge

Anna Muster hat bis ins Alter 40 Vollzeit gearbeitet und besitzt aus dieser Zeit ein Freizügigkeitsguthaben von 100 000 Franken inkl. Zins. Nach einer Erziehungspause nimmt sie mit 45 Jahren die Erwerbstätigkeit wieder auf und arbeitet bis zur Pensionierung im Alter 64 50%. Wird ihr Koordinationsabzug dem Beschäftigungsgrad angepasst, fällt die jährliche Altersrente um rund 3000 Franken höher aus. Zum Vergleich daneben die Rente, falls Anna Muster bis zur Pensionierung 100% arbeiten würde.

Pensum	50%	50%	100%
Lohn in Franken	30 000.–	30 000.–	60 000.–
Koordinationsabzug	<b>24 885.–</b> (100%)	<b>12 443.–</b> (50%)	24 885.–
Versicherter Lohn	<b>5115.–</b>	<b>17 557.–</b>	35 115.–
Stand Freizügigkeitskonto im Alter 44	100 000.–	100 000.–	100 000.–
Zins 1% pro Jahr, 20 Jahre	22 000.–	22 000.–	22 000.–
Zuwachs BVG-Sparguthaben bis Alter 64 inkl. Zins	<b>20 200.–</b>	<b>69 500.–</b>	139 000.–
Total Altersguthaben	142 200.–	191 500.–	261 000.–
Rente bei 6% Umwandlungssatz	<b>8532.–</b>	<b>11 490.–</b>	15 660.–

BERECHNUNG WORK

Beschäftigungsgrad reduziert. Das zeigt auch unser Beispiel, in dem die Altersrente um rund 3000 Franken jährlich höher ausfällt. Ob die Pensionskasse der künftigen Arbeitgeberin diese mitarbeiterfreundlichere Version in ihrem Reglement vorsieht, sollten Sie deshalb bei jedem Stellenwechsel erfragen: Zwar ist dann der Lohnabzug für die Vorsorge höher, und Sie haben im Moment weniger Geld zur Verfügung. Dafür muss aber die Firma jeden Ihrer Sparfranken mindestens verdoppeln!

**DRITTE SÄULE ZUM ABRUNDEN** Ihre finanzielle Situation im Alter lässt sich auch mit dem steuerbe-

günstigsten Sparen (Säule 3a) aufbessern (siehe work vom 14. September 2018). Allerdings: Sparen können längst nicht alle. Und in

### Gute Pensionskassen kürzen bei Teilzeit den Koordinationsabzug.

der dritten Säule kommt jeder Franken aus Ihrem eigenen Portemonnaie, während sich an der ersten und zweiten Säule auch die Firma beteiligt.

Sorgen Sie deshalb vor allem dafür, dass Sie die Möglichkeiten von AHV und BVG bestmöglich nutzen!

## ZWEITE SÄULE

### AUCH FÜR MINI-JOBS

Haben Sie mehrere Teilzeitstellen, verdienen aber an keiner Stelle so viel, dass Sie die Bedingungen zur Aufnahme in die Pensionskasse erfüllen? Versichern Sie die zweite Säule freiwillig in der Auffangeinrichtung. Das kostet Sie Beiträge, aber: Auch Ihre Arbeitgeber müssen sich beteiligen, und Sie versichern sich zusätzlich gegen die Risiken Invalidität und Todesfall. Das ist besonders wichtig, wenn Sie Kinder haben, die von Ihrem Einkommen abhängig sind. In die Auffangeinrichtung aufgenommen werden Sie, wenn der Gesamtbetrag Ihrer Einkünfte über dem BVG-Mindestlohn liegt (zurzeit 21330 Franken).

**EINE FÜR ALLES.** Haben Sie mehrere Teilzeitstellen, verdienen aber an einer so viel, dass Sie dort BVG-versichert sind, erkundigen Sie sich zunächst bei dieser Firma, ob das Reglement zulasse, dass die Einkommen aus den anderen Stellen ebenfalls bei Ihrer Pensionskasse versichert werden könnten. Die andere Firma, bei welcher Sie nur wenig verdienen – zum Beispiel 1000 Franken im Monat – muss sich dann anteilmässig an den Beiträgen beteiligen. Wenn Ihre Pensionskasse diese Möglichkeit nicht vorsieht, können Sie sich auch in diesem Fall an die Auffangeinrichtung wenden. (jk) Das aktuelle Reglement für den «Vorsorgeplan Arbeitnehmer mit mehreren Arbeitgebern» der Auffangeinrichtung finden sie hier: [www.rebrand.ly/vorsorgeplan](http://www.rebrand.ly/vorsorgeplan) Die Website der Auffangeinrichtung: [www.chaeis.net](http://www.chaeis.net)

## Sie beachten sollten in Ihrem Sofa fläzen

- Publizieren Sie Ihr Angebot auf den einschlägigen Onlineportalen (zum Beispiel [homegate.ch](http://homegate.ch)).
- Während Ihres Auslandjahres bleiben Sie als Hauptmieterin haftbar und zahlungspflichtig gegenüber der Vermieterin. Gegenüber Ihrem Untermieter sind Sie rechtlich nun die Vermieterin, müssen also bei einem Mangel dafür sorgen, dass dieser behoben wird. Da hilft es, eine Vertrauensperson in der Nähe zu benennen, die nach Bedarf zum Rechten sieht.
- Nach Ihrer Rückkehr kontrollieren Sie die Wohnung und

### Wer untervermietet, darf damit keinen Gewinn erzielen.

erstellen zusammen mit dem Untermieter ein Übernahmeprotokoll mit der Kostenregelung für allfällige Schäden. Sonst stehen Sie dafür gerade, wenn Sie einmal ausziehen.

**NUR EIN ZIMMER.** Ein anderer Fall: Ihre Beziehung geht auseinander. Der Partner zieht aus, Sie bleiben in der Wohnung und möchten ein Zimmer vermieten. Sie haben zwei Optionen: die Untervermietung oder die Begründung einer Wohngemeinschaft.

Für die Untermiete eines Zimmers gelten praktisch die gleichen Regeln wie im oberen Beispiel. Die Höhe des Mietpreises ist von der Nutzung abhängig: Bei einer Dreizimmerwohnung, in der der Untermieter ein Zimmer belegt sowie Küche

und Bad mitbenützt, rechnet man zum Beispiel die Wohnungsmiete durch vier (drei Zimmer plus Küche gleich vier Zimmer) mal eineinhalb. Bei 1600 Franken Bruttomiete dürfte die Untermiete also etwa 600 Franken kosten.

**DIE HÄLFTE VON ALLEM.** Flätzt sich der Untermieter aber im Stubensofa und sonnt sich auf Balkonien, wäre die Wohngemeinschaft die passendere und partnerschaftlichere Lösung: Beide Personen teilen sich die ganze Wohnung – und die Wohnungsmiete. Beide übernehmen dem Vermieter gegenüber die solidarische Haftung für die Wohnung und unterschreiben gemeinsam den Mietvertrag. Auch die Kündigung muss dann durch beide erfolgen.

**HEIKEL SPEZIALFALL AIRBNB** Möchten Sie Zimmer oder Wohnung über Airbnb vermieten? Sie brauchen dazu zwingend die Erlaubnis der Vermieterin, und zwar für jeden neuen Mieter – oder Sie lassen sich eine generelle Zustimmung geben. Zur Begründung für ein Nein kann die Vermieterin zum Beispiel anführen, die anderen Mieter könnten sich gestört fühlen oder Sie würden mit Airbnb Gewinn erzielen.

in Ihrem Sinn entscheiden? Werden sie sich wohl fühlen dabei, für Sie Schicksal zu spielen?

**FORMAL FAST FREI.** Besser deshalb, Sie setzen eine Patientenverfügung auf, entlasten damit Ihre Angehörigen und stellen sicher, dass in Ihrem Sinne gehandelt wird. Damit die Verfügung gültig ist, muss sie schriftlich abgefasst und handschriftlich datiert sowie unterschrieben sein. Im übrigen gelten keine Vorschriften. Sie verwenden aber mit Vorteil ein Formular, das Ihnen hilft, an alles Wichtige zu denken. Im Web finden Sie eine ganze Anzahl Vorlagen. Empfehlenswert ist die Patientenverfügung des ärztlichen Berufsverbands FMH. (jk)

[rebrand.ly/verfuegung](http://rebrand.ly/verfuegung)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



TV GEHT AUCH ANDERS: Zattoo, Teleboy und Wilmaa senden die Programme übers Web. Die Signale empfängt man am Computer oder über moderne Fernsehgeräte. FOTO: ISTOCK

## Internet-TV: Fernsehen ohne Swisscom & Co.

Fernsehen können Sie auch ohne grosse Telekomfirmen wie Swisscom oder UPC. TV-Sendungen lassen sich nämlich übers Internet anschauen – über drei verschiedene Portale: Zattoo, Teleboy oder Wilmaa. Der Vorteil: Zusammen mit einem günstigen Internetabo kostet Fernsehen übers Internet deutlich weniger als bei Swisscom & Co.

Empfehlenswert sind Zattoo und Teleboy. Sie sind einfach zu bedienen, und die Sender und Sendungen sind übersichtlich dargestellt. Bei Wilmaa ist das nicht der Fall. Zattoo bietet mit 246 Sendern die grösste Auswahl, Teleboy hat 138. Dafür können Sie bei Teleboy aktuelle Filme mieten.

**BEZAHL-ABOS.** Beide Portale haben ein Gratisangebot mit Werbung. Es erlaubt auch das Aufnehmen von Sendungen in begrenztem Ausmass. Für mehr Aufnahmezeit und werbefreien TV-Genuss bieten beide Bezahl-Abos: Teleboy ab 75 Franken pro Jahr, Zattoo ab 95 Franken. Die Bezahl-Abos enthalten weitere Möglichkeiten: Bei beiden Anbietern eine Replay-Funktion, mit der Sie vergangene Sendungen der letzten sieben Tage anschauen können. Bei Zattoo sind zudem mehr Sender in HD-Qualität enthalten, bei Teleboy können Sie dafür Sendungen auch auf den Computer herunterladen.

MARC MAIR-NOACK

## Patientenverfügung Auf Leben oder Tod

### Wie soll man mich behandeln, wenn ich nicht mehr selber entscheiden kann?

Definitiv kein Gute-Laune-Thema. Und deshalb ein Thema, das wir gern verdrängen. Dennoch: Passieren kann jederzeit etwas. Wenn Sie nach einem schweren Unfall oder krankheitsbedingt nicht mehr

### Die Verfügung muss von Hand datiert und unterschrieben sein.

darüber bestimmen können, ob und welche lebensverlängernde medizinische Massnahmen ergriffen werden sollen, werden sich die Ärztinnen und Ärzte an die Angehörigen wenden. Die müssen dann an Ihrer Stelle entscheiden. Werden sie



**WORKLESERFOTO**



**Frühlingserwachen**

**WANN** 9. April 2019  
**WO** Bubendorf BL  
**WAS** Lämmli  
**Eingesandt von** Monika Junker, Bubendorf BL

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**WORKFRAGE VOM 29.3.2019**

**Gesundheitspolitik: Kann man der SVP noch trauen?**

**PARTEI DER SUPERREICHEN**

Die SVP ist die Partei der Superreichen. Die absolute Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler wählt gegen ihre eigenen Interessen. Nicht nur in der Gesundheitspolitik. Irgendwann werden sie es hoffentlich merken – die letzten kantonalen Wahlen geben Anlass zur Hoffnung.

KARL KOBELT, ZÜRICH

**NIRGENDS VERTRAUEN IN DIE SVP**

Ich traue der SVP in der Gesundheitspolitik genauso viel wie bei allen anderen Themen: überhaupt nicht!

MARIE-ANNE FANKHAUSER, PER MAIL

**UNTAUGLICHE VORSCHLÄGE**

Ich staune in meinem Bekanntenkreis immer wieder, wie viele Menschen immer noch auf die Hetze der SVP reinfallen und nicht merken, dass es dem Führer dieser Partei nur um sein Ego und seine Milliarden geht. Von dieser Truppe kommt nicht nur in der Gesundheitspolitik kein Vorschlag, der wirklich im Interesse der Mehrheit ist.

BARBARA HAURI, PER MAIL

**ANGSTHASEN WÄHLEN SVP**

Die SVP-Wählenden scheinen vor allem Angst zu haben: vor den Ausländern, vor den Nachbarn, vor starken Frauen – und neuerdings sogar vor Kindern. Und vor lauter Angst merken sie nicht, wie sie von der Partei der Milliardäre Mal für Mal über den Tisch gezogen werden.

MARKUS STEIGER, PER MAIL

**WORKPOST**



**WORK 6 / 29.3.2019: KRANKE POLITIK, KRANKE KASSEN**

**Eine Schande!**

Das heutige Krankenkassensystem ist eine Schande! Es ist ungerecht. Ich verstehe echt nicht, wieso Politikerinnen und Politiker rein gar nichts unternehmen, um dies zu ändern. Der Vorschlag von den 10 Prozent vom Einkommen ist zwar okay, aber je nach Einkommen ist das noch immer zu viel. Man könnte doch die Mehrwertsteuer um 0,5 Prozent erhöhen und dieses Geld in eine Einheitskasse fliessen lassen. Das wäre mein Vorschlag.

MARIZA VARRICCHIONE, PER MAIL

Profitinteressen. Das bedeutet: AHV wie Grundversicherung werden klein gehalten, damit die Konzerne ihre teuren Privatprodukte verkaufen können. Da fällt dann so viel Gewinn ab, dass man nicht nur die Manager und Aktionäre grosszügig bedienen, sondern sich gleich auch noch Politiker und Parteien kaufen kann.

CLAUDIA SALZMANN, PER MAIL

**WORK 6 / 29.3.2019: ROSA ZUKUNFT - VERZICHT BRINGT UNS NICHT WEITER**

**Ablasshandel**

Dieser Artikel ist ein Hohn auf jedes Verantwortungsbewusstsein. Mit Milliardenzahlen wird der «Ablasshandel» untermauert, der den Konsumentinnen und Konsumenten ein schlechtes Gewissen einreden wolle und nichts bringe. Inzwischen kommen im schweizerischen Verkehr 17 Prozent der Umweltbelastung vom Fliegen, 55 Prozent vom Autofahren. Aber «freiwillig verzichten» wolle niemand. Also richtet man die Forderungen zum

Aufhalten des Klimawandels an die Politiker, die bekanntlich von der Finanzdiktatur gewählt werden.

HANS-PETER BÄRTSCHI, WINTERTHUR

**Anderes System**

Gut und differenziert auf den Punkt gebracht: Bewusstes persönliches Verhalten ist hilfreich für die Umwelt. Aber der und die Einzelne können sich im falschen Wirtschaftssystem gar nicht richtig verhalten. Darum ist für die Rettung des Klimas ein Systemwechsel nötig. Erfreulich, dass das die Klimajugendlichen gemerkt haben: System change, not climate change! Es braucht ein anderes Wirtschaftssystem, und es braucht die richtige technologische Entwicklung in den richtigen Händen – jenen der Allgemeinheit!

BRUNO BERGER, PER MAIL

**WORK 6 / 29.3.2019: FAR - «JETZT FÜHLE ICH MICH FREI!»**

**Verdient**

Wer sein Arbeitsleben lang bei jedem Wetter auf dem Bau hart chranpft, hat einen frühzeitigen Altersrücktritt verdient – und nötig. Ich mag es Roland Kessler und seinen 19999 Vorgängern gönnen!

PRISKA ZÜRCHER, BIEL

**Erkämpft**

FAR ist eine der grössten Errungenschaften der Arbeiterschaft in diesem Jahrhundert. Die Kämpfe

haben sich gelohnt – und sie müssen immer wieder geführt werden. Das hat der vergangene «heisse Herbst» einmal mehr gezeigt. Denn die Baumeister haben offensichtlich ein kurzes Gedächtnis: wenn die Búezer die Chefs nicht immer wieder kämpferisch daran erinnern, vergessen sie den Baregg immer gerne mal wieder ...

CARLO MEISTER, PER MAIL

**WORK 6 / 29.3.2019: SO HEIZEN DIE BANKEN DAS GLOBALE KLIMA AUF**

**Das ist eine Saubande!**

Steuerbetrug, Waffenhandel, Raubbau, Menschenrechtsverletzungen, Liborzins-Bschiss, Klimakiller – gibt's eigentlich auf diesem Planeten eine einzige Schweinerei, bei der Schweizer Banken nicht an vorderster Front mitmischen? – Nein! Saubande!

ROSALIE KNEUBÜHL, PER MAIL

**WORK 5 / 15.3.2019: DAS GROSSE PENSIONSKASSEN-ROULETTE**

**Dubiose Geschäfte**

Einfach nur traurig, die ganze Geschichte. Und die Pensionskasse mit dem Namen «Gemini» ist schon seit einiger Zeit in unschöner Regelmässigkeit wegen angeblich dubioser Geschäfte in den Schlagzeilen der Wirtschaftspresse. Was daran ist, weiss ich nicht, aber so ohne Grund wird die Nennung wohl nicht sein.

KATHARINA M. AEBI, VIA FACEBOOK

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **work Redaktion** Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

**workquiz**

**Wie gut sind Sie?**

**1. SVP I: Was fordert die SVP-Kündigungsinitiative?**

- a) den Exit?
- b) den Sexit?
- c) den Schwexit?
- d) den «Schweizer Brexit»?

**2. SVP II: Wie hiess die Blocher-Partei früher?**

- a) BDP?
- b) BGB?
- c) BVG?
- d) BKB?

**3. SVP III: Wie fuhr Christoph Blocher am letzten Parteitag vor?**

- a) auf einem Trampeltier?
- b) auf einem Traktor?
- c) auf einem Trottinett?
- d) auf einem Teppich?

**4. SVP IV: Das Klima in der Blocher-Partei ist explosiv, wegen ...**

- a) der Wahlschlappe in Appenzell Ausserrhodon?
- b) des Wahldestasters in Zürich?
- c) des Wahldebakels in Baselland?
- d) der Wahlblamage in Luzern?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: d, 1d, 2b, 3b, 4a-d



Aktivistin **Anna Gisler** will fürs Klima ihr Bestes geben

# «Der Klimastreik macht mich aus»

**Anna Gisler (16) ist eigentlich Gymnasiastin. Doch seit sie sich in der Klimabewegung engagiert, ist alles etwas anders.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS ROLAND SCHMID

Alles begann mit einer Whatsapp-Nachricht. Da stand: «Am Freitag machen wir einen Klimastreik.» Spontan ging Anna Gisler (16) zur Vorbereitungssitzung. Und dann ging es so richtig los. Sie sagt: «Innerhalb von drei Tagen organisierten wir den ersten Klimastreik in Basel vom 21. Dezember 2018, obwohl wir keine Ahnung von Demos hatten. Es war ein Riesenstress, ich habe kaum geschlafen.» Gleichzeitig war es aber ein Befreiungsschlag. Sie habe gedacht: «Wow, endlich passiert was! Da muss ich jetzt mein Bestes geben.» Anna Gisler ist eigentlich Gymnasiastin, zurzeit wohl mehr Klimaaktivistin.

Der Klimawandel beschäftigt sie schon lange, sagt Anna Gisler: «Er ist das grösste Problem der Menschheit.» Im Sommer vor zwei Jahren war sie mit Freunden in den Alpen und erlebte einen Schock. Eigentlich hatten sie eine Gletscherwanderung geplant. Und auf der Karte aus den 1990er Jahren war ein Gletscher eingezeichnet. Davon war jedoch nicht mal mehr die Hälfte zu sehen. «Krass», habe sie da gedacht. «So sieht also Klimawandel aus.»

**STACHELBEEREN.** Das Bild liess Anna Gisler nicht mehr los. Und darum ist sie überzeugt dabei, wenn die Basler Schülerinnen und Schüler an einem Freitag im Monat, statt im Schulzimmer zu sitzen, auf der Strasse für das Klima streiken. Dafür muss sie an ihrem freien Nachmittag in die Schule, um Erdbeeren, Johannisbeeren und Stachelbeeren zu pflanzen. Als Kompensationsmassnahme. Damit ihre Streik-Abwesenheit nicht als «Unentschuldig» ins Zeugnis kommt. Das haben Anna Gisler und ihre Kolleginnen und Kollegen mit der Schuldirektion so ausgehandelt. Möglich wäre auch, eine Stadtführung zum Thema Konsum zu besuchen. «Und wir wollen noch andere Kompensationsmöglichkeiten auf die Beine stellen», sagt Anna Gisler. Sie ist die Ansprechperson für den Rektor in Sachen Klimastreik. «Mit ihm habe ich übrigens morgen eine Sitzung.» Sie wolle besprechen, wie an ihrem Gymi in Zukunft Flugreisen kompensiert werden könnten.

Den Hauptteil ihrer Klimaschutzarbeit leistet Anna Gisler in der Freizeit. Mindestens einmal pro Woche habe sie eine Klimasitzung, erzählt die Sechzehnjährige. Aber manchmal könnten es auch zwei oder drei sein.

Gerade hat sie eine vierstündige Sitzung mit verschiedenen Arbeitsgruppen hinter sich. Anna Gisler erklärt: «Wir haben über 30 Traktanden besprochen.» Sie selbst ist in drei Arbeitsgruppen tätig: «Demo-Pla-

nung», «Aktionen» und «Zusammenarbeit mit dem Erziehungsdepartement». Früher hat sie auch noch das Instagram-Konto betreut. Doch das hätten zum Glück jetzt hauptsächlich andere übernommen. Anna Gisler ist verantwortlich für die Beantwortung der Mails. Sie sagt: «Das mache ich jeweils zwischendurch, aber insgesamt brauche ich dafür schon eine halbe Stunde pro Tag.» Die Klimaaktivistin erklärt: «Wir in Basel sind extrem gut strukturiert.» So hätten sie beispielsweise eben ein neues Rotationsprinzip für die Beantwortung der Mails eingeführt. Jede Woche sei jemand anders an der Reihe, die Mails zu bearbeiten. «Vorher war es ein Riesenchaos. So könnte es jetzt aber funktionieren.»

«Ohne Whatsapp-Gruppen wäre die Organisation der Klimastreiks nicht möglich», sagt Anna Gisler. Jede Arbeitsgruppe habe ihren eigenen Chat. Und daneben gibt es noch eine Gruppe für alle. «Somit können wir Anliegen sofort in den jeweiligen Chats besprechen. Das ist sehr effizient und auch entlastend. Mit dem aktuellen System kann ich sagen, dass ich zwar noch immer vielbeschäftigt bin, aber in einem gesunden Ausmass.»

Trotzdem sind die schulischen Leistungen der Gymnasiastin etwas schlechter geworden. «Ich habe definitiv weniger Zeit zum Lernen.» Und natürlich hätten sich auch die Prioritäten geändert – und das sei auch gut so. Denn: «Der Klimastreik macht mich aus», sagt Anna Gisler. Auch an der Freizeit geht ihr Klimaengagement nicht spurlos vorbei. Freundinnen und Freunde,

die nicht in der Klimabewegung aktiv seien, sehe sie jetzt seltener. Und auch Cello spiele sie viel weniger als früher.

**NOTSTAND.** Die Klimajugend stellt klare Forderungen an die Politik: «Wir verlangen die Ausrufung des nationalen Klimanotstands, netto keine Treibhausgasemissionen mehr bis 2030 und Klimagerechtigkeit», erklärt Anna Gisler. In Basel kann die Klimabewegung bereits einen Erfolg verbuchen: Die Stadt hat den Klimanotstand ausgerufen. Anna Gisler sagt: «Wir sassen damals alle

auf der Tribüne im Grossen Rat und haben gezittert. Denn es war überhaupt nicht klar, ob die Politikerinnen und Politiker den Vorstoss annehmen würden.» Natürlich sei die Ausrufung des Klimanotstands vor allem eine symbolische Geste. Aber die Bedeutung sei enorm. Denn damit hätten die Basler Politikerinnen und Politiker klargemacht: «Ja, die Klimaerhitzung ist eine Krise.»

Jetzt müssten aber endlich Taten folgen, sagt Anna Gisler, checkt ihre Whatsapp-Chats und eilt zur nächsten Sitzung.



## ANNA GISLER MUSIK & MENSCHEN-RECHTE

Anna Gisler (\*2002) lebt mit ihren Eltern und ihrem Bruder (14) in Basel. Ihre Mutter stammt aus England, ihr Vater aus der Innerschweiz. Sie besucht das Gymnasium am Münsterplatz in Basel, Fachrichtung PPP (Philosophie, Psychologie, Pädagogik). Sie ist Vegetarierin und kauft ihre Kleider nur noch Second Hand. Anna Gisler spielt seit 10 Jahren Cello. Sie singt im Schulchor und dem Chor der Musikakademie. Ausserdem ist sie Mitglied der Jugendgruppe von Amnesty International. Wobei sie auch dort ihr Engagement zugunsten der Klimabewegung etwas zurückgefahren hat.

**SUPER.** Die Eltern der Gymnasiastin unterstützen Annas Engagement für den Klimaschutz: «In meiner Familie war es schon immer klar, dass wir im Winter keine Erdbeeren kaufen.» Und sie reisen mit dem Zug nach England zur Familie der Mutter. Natürlich merkten die Eltern, dass sie jetzt viel beschäftigter sei als früher. Aber: «Meine Eltern finden es super, dass ich für eine Sache brenne. Trotzdem finden sie es natürlich schade, dass ich jetzt nur noch selten zum Znacht daheim bin.» Bis ihre Forderungen erfüllt sind, wollen die Basler Klimajugendlichen einmal pro Monat streiken.



**KLIJAJUGEND:** Anna Gisler und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind fast hauptamtlich für die Klimastreiks tätig.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**  
Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadinc@workzeitung.ch](mailto:patriciadinc@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), [annesophiezbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiezbinden@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Ralph Hug, Martin Jakob, Sandra Künzi, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Tom Hänzel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo-Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, [Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch](mailto:Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, [Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch](mailto:Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch) **Auflage** 89'669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia